

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 5
36. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
4. Februar 1928

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt
in der Stadt 30 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten.
11c. Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Hanfer, Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am städtischen Park 2
Telefon: Amt Hannover 6248.

Geschäftsanzeigen sollen die leuchtendste Millimeterzelle 2/3
des Raumes 1,20 Mark / Arbeitervermittlungen 50 Pfennig
Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzelle.

Die Erhöhung der Eisenpreise.

Unzulänglicher Schutz gegen ein Privatmonopol.

Von Frh. Raphael.

Daß in den Zeiten guter Beschäftigung in einer Industrie Preiserhöhungen vorgenommen werden, daß die Unternehmungen alle Mehrkosten, die durch neue Arbeitszeit- und Lohnregelungen entstehen, versuchen, auf ihre Abnehmer abzuwälzen und bei dieser Gelegenheit nach Möglichkeit gleich ihre Gewinne mit zu erhöhen, ist an sich in der kapitalistischen Wirtschaft ein alltäglicher Vorgang, der im allgemeinen zu besonderer Aufregung keinen Anlaß bietet. Wenn die Erhöhung der Eisenpreise, die der Deutsche Stahlwerksverband am 12. Januar beschlossen hat, und die im Durchschnitt eine Verteuerung der Stahlprodukte um 3 bis 5 Prozent, für süddeutsche Verbraucher steigend bis auf 8 bis 10 Prozent, bedeutet, trotzdem in der deutschen Öffentlichkeit starke Erregung hervorgerufen hat, so liegt das an der Besonderheit der Ausübung einer Machtstellung, die in diesen Eisenpreiserhöhungen zum Ausdruck kommt.

Das besondere Kennzeichen der jetzt vom Deutschen Stahlkartell diktierten Preiserhöhungen besteht darin, daß es sich hier um Preiserhöhungen handelt, die in ausgesprochenem Widerspruch zur internationalen Eisenmarktlage stehen. Schon bisher wurden die deutschen Eisenpreise unter dem Schutz des Eisenpatentes und unter dem Schutz der internationalen Eisenkartellierung um 25 bis 30 Prozent über dem Stand der Weltmarktpreise gehalten. Die jetzt vorgenommene Preiserhöhung für Inlandabfabr vergrößert also die Spannung zwischen den Inlandpreisen und den Weltmarktpreisen. Das Aufrechterhalten einer derartigen Spanne muß für die deutsche eisenverarbeitende Industrie und für die eisenverbrauchenden Gewerbe eine schwere Belastung und eine schwere Benachteiligung gegenüber dem Auslande bedeuten, auch wenn auf Grund des Abkommens zwischen der eisenverarbeitenden und der eisenverarbeitenden Industrie für dasjenige Eisen, das unmittelbar in den verarbeiteten Produkten zum Export gelangt, Rückvergütungen entsprechend dem Unterschied zwischen Inland- und Exportpreisen gewährt werden.

Der erste Grund für den Protest, der sich gegen die Eisenpreispolitik des Stahlwerksverbandes richtet, liegt also in der Tatsache, daß hier die Machtstellung auf dem inländischen Markt des Kartells rücksichtslos ausgenutzt wird, um eine Preispolitik durchzuführen, die in schroffem Widerspruch steht zur internationalen Marktgestaltung, eine Politik, von der natürlicherweise eine schwere Gefährdung der Inlandkonjunktur in dem direkt oder indirekt eisenverbrauchenden Gewerbe ausgehen muß, die den Sondertribut an die Eisenerzeuger entrichten müssen.

Der zweite Grund für die besonders aufreizende Natur dieser Eisenpreiserhöhungen liegt darin, daß sie sich unmittelbar anschließen an den gewaltigen Kampf, der sich in der Eisenindustrie um die Durchführung der Arbeitszeitverordnung und um die Anpassung der Löhne an die veränderte Arbeitszeit abgepielt hat. Dieser Kampf ist mit einem für die Arbeiterklasse sehr unbefriedigenden Schiedsspruch, den der Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt hat, entschieden worden. Für die Schonung, die dieser Schiedsspruch gegenüber den Eisenindustriellen enthielt, waren maßgebend die Klagen über die Untragbarkeit neuer Belastungen, Klagen, denen, mehr als berechtigt, Rechnung getragen wurde auf Grund von Kalkulationen, die natürlicherweise von den geltenden Preisen ausgingen und Preiserhöhungen nicht in Rechnung stellten. Wenn jetzt nach der Beilegung dieses Kampfes durch einen langfristigen Schiedsspruch die Unternehmer sofort zur Preiserhöhung schreiten, so

haben sie damit nachträglich die Grundlage für diesen ganzen Schiedsspruch untergraben, und sie führen gleichzeitig einen Schlag gegen das Reichsarbeitsministerium und noch mehr gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen, indem sie in der Öffentlichkeit demonstrieren wollen, daß selbst die kleine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die auf Grund des Schiedsspruches eingetreten ist, nicht ohne Preiserhöhungen, deren Gefahren für die Gesamtwirtschaft die Öffentlichkeit sieht, durchführbar sei.

Wie steht es nun mit den Abwehrkräften und den Abwehrmöglichkeiten gegenüber dieser rücksichtslosen Durchsetzung der Kartellmacht der Eisenindustrie? Die Eisenverbraucher, die ihrerseits zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßt, das unmittelbarste Interesse an der Abwehr der Eisenpreiserhöhungen haben, haben am 18. Januar bei einer Sitzung in Berlin einen Protest veröffentlicht. Dieser Protest, der in der Form sehr zurückhaltend ist und in der Sache sich eigentlich damit begnügt, die Revision eines Spezialpunktes zu fordern, wurde noch mit einer Begründung versehen, die das Vorgehen der Eisenindustrie geradezu entschuldigt, indem sie in halber Übereinstimmung mit der eisenverarbeitenden Industrie die Sozialpolitik, die Erhöhung der Löhne, im besonderen die Politik des Reichsarbeitsministers verantwortlich macht für die Preiserhöhung. Die Gruppendifferenzen zwischen Eisenerzeugern und Eisenverbrauchern sind also im wesentlichen überhört durch die Klassen-solidarität der Unternehmer beider Gruppen gegenüber den Forderungen der Arbeiterklasse. Dem Protest der Eisenverarbeiter fehlt deshalb auch die logische Konsequenz, er mündet nicht in einen Appell an den Reichswirtschaftsminister aus, von seinen Machtmitteln gegenüber dem Eisenkartell Gebrauch zu machen, sondern er erschöpft sich in einem Einspruch, der zu den Akten gelegt werden kann.

Im Namen der süddeutschen Eisenverarbeiter, die, wie erwähnt, durch die Neuregelung besonders hart getroffen werden sollen, hat die Bayerische Regierung ihrerseits einen Einspruch gegen die Neuregelung erhoben. Sie hat angekündigt, daß sie mit dem Stahlwerksverband und mit dem Reichswirtschaftsministerium über die Abänderung der betreffenden Bestimmungen der Preisregelung in Verhandlungen treten wolle, aber gleichzeitig dementiert, daß sie eine Anrufung des Kartellgerichts herbeiführen wolle.

Der dritte Protest liegt in Gestalt eines Schreibens des Vorstandes des ADGB an den Reichswirtschaftsminister vor. In diesem Brief werden die volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesichtspunkte dargelegt, aus denen die Preiserhöhung des Eisenkartells sich als ein schwerer Mißbrauch zum Schaden der Gesamtwirtschaft kennzeichnet. Der Reichswirtschaftsminister wird aufgefordert, mit allen Mitteln dieser Eisenpreiserhöhung entgegenzutreten. Es wird ihm in erster Linie empfohlen, von den Möglichkeiten, die ihm die Kartellverordnung bietet, in diesem Fall Gebrauch zu machen und darüber hinaus eine Aufhebung oder erhebliche Senkung der Eisenpreise herbeizuführen. Ferner weist der ADGB darauf hin, daß die Bedeutung und die Monopolstellung der Eisenindustrie und die Tatsache der rücksichtslosen Ausnutzung der Monopolmacht dazu zwingen, eine gemeinwirtschaftliche Regelung dieser Industrie ernsthaft in Angriff zu nehmen.

Die gewerkschaftlichen Forderungen bleiben also nicht bei einem leeren Protest stehen, sondern sie weisen den Weg, der schon heute gegenüber dem Mißbrauch der Monopolmacht gangbar wäre, und sie weisen darüber

hinaus auf Notwendigkeiten hin, deren Erfüllung allerdings bei den gegenwärtigen politischen Machtverhältnissen kaum zu erwarten ist.

Wenn wir die gemeinwirtschaftliche Ordnung der Eisenindustrie als ein Ziel betrachten, dessen Verwirklichung unter der politischen Herrschaft des Bürgerblocks kaum zu erreichen ist, so bedeutet auf der anderen Seite die Anwendung der Machtmittel der Kartellverordnung eine Forderung, die mit vollem Recht gerade an den gegenwärtigen Reichswirtschaftsminister gerichtet werden kann und gerichtet werden muß. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat, als der internationale Eisenpakt abgeschlossen wurde, sich ausdrücklich dafür verbürgt, daß die deutsche Regierung unter voller Ausnutzung ihrer Autorität sicherstellen werde, daß diese Kartellierung nicht zur Schädigung der volkswirtschaftlichen Interessen führen würde, deren Förderung für alle Zweige der deutschen Wirtschaft in Aussicht gestellt war. Der § 4 der Kartellverordnung gibt dem Reichswirtschaftsminister das Recht, wenn ein Kartellbeschluß oder eine bestimmte Art seiner Durchführung die Gesamtwirtschaft oder das Gemeinwohl gefährdet, beim Kartellgericht zu beantragen, daß der Vertrag oder Beschluß für nichtig erklärt oder die bestimmte Art seiner Durchführung untersagt wird. In diesem Paragraphen heißt es auch, daß das Gemeinwohl insbesondere dann als gefährdet anzusehen ist, wenn in volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigter Weise die Preise gesteigert werden. Das mindeste, was man heute verlangen muß, ist, daß der Reichswirtschaftsminister von diesem Recht des § 4 Gebrauch macht. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß ein mit der entsprechenden Begründung vom Reichswirtschaftsminister an das Kartellgericht gestellter Antrag auch zu einer Entscheidung des Kartellgerichtes gegen die Eisenpreiserhöhungen führen würde. Sollte der Reichswirtschaftsminister wie bisher so auch in diesem Fall darauf verzichten, einmal mit der Anwendung des § 4 der Kartellverordnung Ernst zu machen, so liefert er nur einen neuen Beweis für die völlige Unzulänglichkeit der geltenden Kartellverordnung als Mittel zur Verhütung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Machtstellungen. Diese Unzulänglichkeit beruht in hohem Maße darauf, daß die Prüfung der Frage, ob ein Kartellbeschluß der Gesamtwirtschaft Schaden bringt, zunächst einmal abhängig ist von einem Antrag des Reichswirtschaftsministers. Wenn die gewerkschaftliche Forderung nach Errichtung eines ständigen Kontrollamtes für monopolistische Unternehmungsorganisationen und ihre Politik erfüllt wäre, so würde die öffentliche Nachprüfung eines derartigen Streitfalles erfolgen müssen auf einen an das Kontrollamt gestellten Antrag von seiten irgendeiner Interessengruppe. Dann läge es nicht mehr darauf an, ob der Reichswirtschaftsminister den Willen hat, von einem ihm eingeräumten Recht Gebrauch zu machen, oder ob er aus seiner Reizung, mächtigen Unternehmergruppen nicht weh zu tun, geneigt ist, auf dieses Recht zu verzichten.

Wir wissen, daß in letzter Linie die Frage, ob dem Mißbrauch einer Monopolmacht entgegengewirkt werden kann oder nicht, weniger von den rechtlichen Einrichtungen als von den realen Machtverhältnissen in Staat und Wirtschaft abhängig ist. Wenn der Reichswirtschaftsminister in diesem Falle gegenüber dem Machtpruch der Eisenindustrie, der sich zugleich mit gegen die Reichsregierung, vertreten durch den Reichsarbeitsminister, wendet, von seinem keinen Gebrauch macht, so beweist er der Arbeiterklasse auf der einen Seite die Unmöglichkeit einer Veränderung der politischen Machtverhältnisse und auf der anderen Seite und im Zusammenhang damit die Notwendigkeit einer Neuorganisation der Unterwerfung monopolistischer Unternehmervollmacht unter gemeinwirtschaftliche Kontrolle.

Aufsatz zur Lohnbewegung.

Die Lohnabkommen im Bereich des Mantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe sind gekündigt. Diese Kündigung erfolgt nach Maßgabe der vertraglichen Bestimmungen, und die weitere Entwicklung der Lohnbewegung wird sich nach dem im Mantelvertrag vereinbarten Vorgehen richten.

Nach diesem Vertrag werden die tariflichen Löhne für die einzelnen Bezirke in zentralen Verhandlungen zentral festgelegt. Das besagt, daß die Lohnbildung zentral erfolgt. Aber nicht in der Weise, daß nur zwischen den Zentralvorständen der beteiligten Organisationen verhandelt wird, sondern an diesen Verhandlungen sind Vertreter der Parteien aus jedem einzelnen Bezirk beteiligt.

Diese Bezirksparteivertreter treten an dem zwischen den Zentralvorständen vereinbarten Verhandlungsort zusammen und verhandeln hier über den Lohn für ihren Bezirk. Sie kommen hier zu einer Verständigung, dann teilen sie es den Zentralvorständen mit, unmittelbar abschließen können sie aber nicht. Denn der Mantelvertrag bestimmt im § 19: „Die Bezirkstarife werden für alle Bezirke rechtskräftig mit der Annahmeerklärung und Unterzeichnung des zentralen Verhandlungsergebnisses über die Löhne durch die zentralen Vertragsparteien.“ Ein rechtskräftiges Lohnabkommen kann also nur zustande kommen, wenn es für alle Bezirke abgeschlossen und von den Zentralvorständen, das sind die zentralen Verhandlungsparteien, unterzeichnet wird.

Diese Bestimmungen zwingen praktisch zu einem Verfahren, bei welchem bezirkliche und zentrale Verhandlungen verbunden werden. Der Mantelvertrag sieht daher zur Hilfeleistung bei der Bildung der Löhne ein Vorkomitee vor, welches die Aufgaben der behördlichen Schlichtungsorgane hat. Die Geschäftsordnung des Vorkomitees, die ein Bestandteil des Mantelvertrages ist, schreibt für das Vorkomitee einen unparteiischen Vorsitzenden und je fünf Vertreter von jeder Partei vor. Der unparteiische Vorsitzende wird von Fall zu Fall und Grund einer Verständigung zwischen den Zentralvorständen benannt, doch kann keine Auswahl auch dem Reichsarbeitsministerium überlassen werden. Für die Vertreter ist festgelegt, daß je drei von ihnen ständig mitwirken. Je zwei können für die Verhandlungen über die einzelnen Bezirke auszuscheiden werden. Aus dieser Bestimmung ergibt sich für das Verfahren, daß vor dem Lohnamt über jeden Bezirk einzeln verhandelt wird. Die Entscheidung des Lohnamtes kann im Anschluß an diese Verhandlung erfolgen, sie kann aber auch am Schluß der gesamten Verhandlungen für alle Bezirke gemeinsam gefällt werden. Auch wenn dies nicht geschieht, müssen am Schluß die Entscheidungen für die einzelnen Bezirke zusammengefaßt werden. So entsteht das Dokument, das die Zentralvorstände unterzeichnen, um ihm Rechtskraft zu geben.

All das bezieht sich auf die Löhne. Von diesen werden die Vertragsätze für die einzelnen Gruppen mittels der vertraglich festgelegten Schlüssel (Ortsklassen, Alters- und Berufsgruppenschlüssel) abgeleitet, so daß, wenn der

Einzellohn feststeht, die Aufstellung der Bezirkstarife nur noch ein Rechenexempel ist. Hier gilt jedoch eine Ausnahme: Im Mantelvertrag war der Berufsgruppenschlüssel für die Bezirke, in denen der „angeleitete Arbeiter“ nicht eingeführt ist, und das sind die meisten, nur für die Dauer der Lohnvereinbarung vom 21. April 1927 geregelt. Er muß also bei diesen Lohnverhandlungen erneut festgelegt werden.

Die vertraglich vereinbarten Formen für die Zuantrittnahme der Lohnbewegung müssen natürlich beachtet werden. Für unsere Kollegen ist aber selbstverständlich der materielle Inhalt wichtiger als die Form. Sie verlangen eine Lohn-erhöhung, und dieser Gegenstand ist von den Kollegen im Reich schon seit längerer Zeit gründlich erörtert worden. Die endgültige Formulierung der Lohnforderungen, ihre Zusammenfassung zu einer gemeinsam dem Arbeitgeberverband zu überreichenden Forderung, erfolgt in der Sitzung des Verhandlsbetrats, die der Vorstand am den 30. Januar einberufen hat.

Mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes hat inzwischen bereits eine Verständigung über die weiter zu erfüllenden Formalitäten stattgefunden. In einer gemeinsamen Besprechung im Reichsarbeitsministerium wurde der Vorschlag gemacht, als unparteiischen Vorsitzenden des Lohnamtes Herrn Dr. Brahn zu bestimmen, der bereits im vorigen Jahre diese Funktion ausgeübt hat. Dieser Vorschlag wurde von beiden Seiten angenommen, und weiter wurde vereinbart, daß das Lohnamt am 8. Februar in den Räumen des Reichsarbeitsministeriums zusammentritt.

So stehen die Dinge augenblicklich. Wenn diese Nummer in die Hände der Leser gelangt, sind die Lohnforderungen formuliert und dem Arbeitgeberverband überreicht, der Zutritt des Lohnamtes steht unmittelbar bevor. Erst wenn dieses getagt hat, wird sich übersehen lassen, ob es gelungen ist, eine Vereinbarung zu treffen, die sofort an die Stelle des bisherigen Lohnabkommens treten kann.

Wir wünschen eine glatte Abwicklung der Lohnbewegung, ob aber dieser Wunsch Erfüllung findet, läßt sich nicht voraussagen. Der zu fallende Spruch des Lohnamtes ist nicht bindend, jede Partei kann ihn ablehnen. Mit dem Spruch des Lohnamtes sind aber die friedlichen Mittel für eine Verständigung erschöpft. Der Zweck der Tarifverträge und des vertraglichen Ausbaues des Schlichtungsweises ist es, die Lohnkämpfe nach Möglichkeit zu vermeiden. Der Abschluß solcher Verträge bedeutet aber keineswegs einen Verzicht auf den Kampf. Ist eine friedliche Verständigung nicht möglich, dann muß der Kampf entschieden. Unser Verband befindet sich zurzeit im Zustand erhöhter Alarmbereitschaft. Der Verbandsbeitrag wird die Unterhändler bestimmen, und deren Stellung in den Verhandlungen wird gestärkt durch das Bewußtsein, daß die Kollegenschaft hinter ihnen steht. Mit ihrer Mission nicht den gewünschten Erfolg, dann werden sie die Kollegen auf die Schanzen rufen. Dann werden die Stärke der Organisation und die Disziplin der Mitglieder die Entscheidung bringen.

Auffällig an dieser Zusammenstellung ist zunächst, daß die Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft ständig zugenommen hat. Das Verbleiben der allgemeinen Landflucht hat also keine sachliche Verdrängung. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Zahl der Erwerbstätigen ist allerdings stark gefallen (wie auch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung). 1882 beschäftigte die Land- und Forstwirtschaft 42,2 Prozent der Erwerbstätigen, 1925 aber nur noch 30,5 Prozent. Die Existenzgrundlage des deutschen Volkes ist heute die Industrie. Die Zahl der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk liegt von 5,7 Millionen im Jahre 1882 auf 14,2 Millionen im Jahre 1925. Die Steigerung beträgt 131,6 Prozent. In der Gruppe Verwaltung, Gesundheitswesen und freie Berufe hat sich die Zahl der Erwerbstätigen mehr als verdoppelt und im Handel und Verkehr fast verdreifacht. Auffällig stark gestiegen ist die Zahl der Personen ohne Beruf und Berufsangabe, nämlich von 1,2 auf 3,9 Millionen. Die starke Steigerung der Zahl der Erwerbstätigen in diesen Gruppen beeinträchtigt natürlich die Anteilentwicklung der Gruppe Industrie und Handwerk ungünstig. Immerhin beschäftigt sie heute 41,4 Prozent der Erwerbstätigen.

Verteilung der Gesamtbevölkerung auf die Hauptwirtschaftsgruppen

Wirtschaftsgruppe	1882		1895		1907		1925	
	Mill.	Proz.	Mill.	Proz.	Mill.	Proz.	Mill.	Proz.
Land- und Forstwirtschaft	15,9	40,0	15,1	33,6	14,9	27,1	14,4	28,0
Industrie und Handwerk	13,9	35,0	17,9	38,9	23,2	42,1	25,8	41,8
Handel und Verkehr	3,9	9,7	5,2	11,3	7,4	13,5	10,6	16,9
Verwaltung, Gesundheitswesen und freie Berufe	2,0	4,9	2,5	5,5	3,1	5,7	4,1	6,6
Häusliche Dienste	2,3	5,7	2,1	4,5	1,9	3,5	1,9	3,1
Ohne Beruf und Berufsangabe	1,2	2,8	2,8	6,2	4,5	8,1	5,6	9,1
Zusammen	39,8	100,0	45,0	100,0	55,0	100,0	62,4	100,0

Vorstehende Übersicht über die Verteilung der Gesamtbevölkerung auf die Hauptwirtschaftsgruppen läßt den Anteil der Land- und Forstwirtschaft noch kleiner erscheinen als die Zusammenstellung über die Verteilung der Erwerbstätigen. Von der Gesamtbevölkerung leben heute nur noch 23,0 Prozent in der Land- und Forstwirtschaft. Auf Industrie und Handwerk kommen 41,3 Prozent. Rechnet man die Personen ohne Beruf und Berufsangabe ab, dann lebt heute die Mehrheit des deutschen Volkes von der Arbeit in Industrie und Handwerk.

Die Wohnungsnot.

Warten tut not! Zurzeit fehlen im Reich rund eine Million Wohnungen und dazu kommt ein jährlicher Neubedarf von mindestens 200.000 Wohnungen. Es wird aber nicht genug gebaut, und zwar ist das Wichtigste Hindernis der Geldmangel. Die Erstellung von Wohnungen ist jetzt viel teurer als vor dem Kriege, infolgedessen müssen die Mieten in den neuen Häusern höher sein. Der Gedanke, durch eine Steuer auf die Mieten in den alten Häusern einen Ausgleich zu schaffen, indem der Ertrag zur Verbilligung der Mieten in den Neubauwohnungen verwendet wird, erscheint untraglich, so ungerecht an sich die Besteuerung der Mieten ist. Aber die Art, wie der Gedanke ausgeführt wird, muß scharfen Widerspruch wecken. Ein großer Teil des Ertrages der Vermögenssteuer wird nämlich nicht zur Verbilligung des Wohnungsbaues verwendet, sondern er dient zur Bestreitung der Kosten der allgemeinen Landesverwaltung.

Über die Forderung des Wohnungsbaues wird sehr viel geredet und geschrieben, aber viel weniger getan. Das Reichsarbeitsministerium hat gegen Ende vorigen Jahres eine große Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung herausgegeben. Dann hat im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung mit den Interessenten, allen in erster Linie den Unternehmerorganisationen des Bau- und Gewerbes, stattgefunden, zu der auch die Vertreter der Gewerkschaften geladen waren. Im Wohnungsausschuß des Reichstags wurden ausführliche Verhandlungen gepflogen, aber das positive Ergebnis ist recht mager, und die Aussichten für eine energische Arturbekämpfung des Wohnungsbaues für das beginnende Baujahr sind sehr gering, geschweige denn, daß ein klares Programm auf längere Sicht aufgestellt worden wäre.

Die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften, nämlich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Bauernbund haben jetzt zu der Denkschrift des Reichsarbeitsministers Stellung genommen und in einer Eingabe ihre Auffassung dargelegt, die sie folgendermaßen präzisieren:

1. Die Zahl der fehlenden Wohnungen ist nicht auf 600.000, sondern auf weit mehr als das Doppelte zu veranschlagen, da allein nach den Ergebnissen der Reichswohnungszählung rund eine Million Haushaltungen ohne eigene Wohnung sind.
2. Die Durchschnittsgröße der künftig zu errichtenden Wohnungen darf nicht herabgesetzt werden. Die Absicht, Einzimmerwohnungen zu bauen, die kleiner und dünnflacher als die der Vorkriegszeit sein sollen, ist aus Gründen der Volksgesundheit abzulehnen.
3. Die Aufstellung eines Reichswohnungsbauprogramms für einen mehrjährigen Zeitabschnitt ist erforderlich. Es ist verfehlt, den Umfang der Wohnungsbau-tätigkeit ausschließlich nach der jeweiligen Wirtschaftslage zu bemessen. Die in der Denkschrift entwickelten Pläne zur Verteilung der Bauvorhaben über das ganze Jahr und zur Rationalisierung des Bauwesens sind ohne ein solches Programm nicht zu verwirklichen.

Deutschlands Bevölkerung im Wandel der Zeiten.

Von der Volkszählung und Vervollständigung vom 16. Juni 1925 liegen bisher immer noch nur Teilergebnisse vor. Aber die vorläufigen Zahlen geben schon ein ziemlich abgerundetes Bild vom Stande der Bevölkerung und der Wirtschaft. Vergleicht man diese Zahlen mit den Ergebnissen früherer Zählungen, so hat man auch eine Übersicht über die gewaltigen Veränderungen im letzten halben Jahrhundert. 1871 zählte Deutschland 41,1 Millionen Einwohner, 1925 aber 62,1 Millionen (einschließlich der getrennten 70.000 Einwohner des noch belebten Saargebietes). Das ist ein Anstieg von 22 Millionen oder 55 Prozent. 1914 hatten wir bereits 57,8 Millionen Einwohner, und bei ungebrochener Entwicklung würde ihre Zahl heute etwa 75 Millionen betragen. Der Weltkrieg hat uns also 12 Millionen Menschen gekostet. Die

Einwanderung setzt in den einzelnen Gebieten von in Millionen:

1871	1880	1887	1890	1895	1900	1905	1910	1919	1925
41,1	45,2	49,0	49,5	52,1	56,4	60,0	61,9	59,2	63,1

Von den 24 Millionen Einwohnern in Deutschland (ohne Saargebiet) waren am 16. Juni 1925 32,2 Millionen weiblich und 11,9 Millionen männlichen Geschlechts. Auf 100 Männer kommen also 107 Frauen. Auch früher bestand ein Geschlechterüberschuss, er war aber noch nie so groß wie heute. Von 1871 bis heute hat sich das Verhältnis von 100 Männern zu 107 Frauen um 6,7 Prozent erhöht.

Die Verteilung der Bevölkerung nach Alter:

1871	1880	1887	1890	1895	1900	1905	1910	1919	1925
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Es werden immer mehr Frauen als Männer im Erwachsenenalter (ab 15 bis 65 Jahre), dann ist der Frauenüberschuss so groß, daß jede dritte bis vierte lebige Frau vom Mann auf die Ehe verzichtet ist. Dieses Missverhältnis zwischen der Zahl der Frauen und Männer wird mit dem Jahre 1925 erreicht. Erst für die Zeit um 1925 wird man mit einem nahezu vollständigen Gleichgewicht der Geschlechter rechnen können.

Von der Altersverteilung am 16. Juni 1925 fanden sich 23,4 Millionen gleich 37,8 Prozent im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre). 1907 waren 21,4 Millionen gleich 34,7 Prozent. Wir haben heute also 2,0 Millionen mehr erwerbsfähige Menschen. Die

Zunahme ergibt sich aus der Vermehrung der Bevölkerung, in der Hauptache aber aus dem Geburtenrückgang und zu einem kleinen Teil aus der längeren Lebensdauer der Menschen. Relativ gesehen, stehen wir heute wieder auf dem Stand von 1882. Über die Zahl der Erwerbsfähigen und der Erwerbstätigen unterrichtet folgende Zusammenstellung:

Erwerbsfähige und Erwerbstätige

Jahr	Erwerbsfähige			Erwerbstätige							
	Männer	Frauen	Zusammen	Männer	Frauen	Zusammen					
1882	13,1	48,7	13,8	26,9	67,6	11,9	34,4	5,0	29,6	16,9	42,5
1895	14,1	48,6	15,2	29,6	64,5	13,9	70,2	5,9	29,8	19,8	43,1
1907	16,3	48,8	17,1	33,4	60,7	16,7	63,2	8,5	32,7	25,2	45,8
1925	20,0	47,3	22,3	42,3	67,8	20,5	61,1	11,5	35,9	32,0	51,3
Zunahme	6,9	2,6	3,3	15,4	3,2	12,2	1,6	6,7	6,5	15,1	8,8
Prozent	32,6	—	61,6	—	37,2	—	72,3	—	130,0	—	89,3

Während 1882 von der Gesamtbevölkerung nur 42,5 Prozent erwerbstätig waren, sind es heute 51,3 Prozent. Die Zahl der Erwerbstätigen liegt in dieser Zeit von 16,9 auf 32,0 Millionen oder um 80,3 Prozent. Die erwerbstätigen Männer haben sich um 72,3 Prozent vermehrt, die Frauen dagegen um 130,0 Prozent. Absolut lag die Zahl der erwerbstätigen Frauen von 5,0 Millionen im Jahre 1882 auf 11,5 Millionen im Jahre 1925. Wie sich die Erwerbstätigen auf die fünf großen Wirtschaftstypen verteilen, zeigt die folgende Zusammenstellung.

Verteilung der Erwerbstätigen auf die Wirtschaftstypen

Wirtschaftsgruppe	1882		1895		1907		1925	
	Mill.	Proz.	Mill.	Proz.	Mill.	Proz.	Mill.	Proz.
Land- und Forstwirtschaft	7,1	42,2	7,2	36,4	8,6	34,9	9,8	30,5
Industrie und Handwerk	5,7	33,8	7,5	37,8	16,1	40,9	13,2	41,4
Handel und Verkehr	1,1	6,5	2,2	10,9	3,5	14,0	3,6	11,5
Verwaltung, Gesundheitswesen und freie Berufe	1,0	5,8	1,3	6,7	1,6	6,6	2,1	6,5
Häusliche Dienste	1,7	9,5	1,6	8,3	1,6	6,4	1,6	5,1
Zusammen	16,9	100,0	19,8	100,0	32,0	100,0	32,0	100,0
Ohne Beruf und Berufsangabe	1,2	—	1,9	—	3,9	—	3,9	—

1. Eine Erhöhung der gesetzlichen Miete ist unzuwiderbringlich. Trotz der bisherigen Mietsteigerungen war keine Mäßigung der Bauaktivität zu verzeichnen. Die Spannung zwischen gesetzlicher Miete und Mietbaumiete ist vielmehr durch Senkung der Mietbaumiete zu befestigen. Zur Finanzierung des Wohnungsbaues ist die Hauszinssteuer stärker heranzuziehen; ferner ist, falls der inländische Geldmarkt die weiter erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung stellen kann, die Aufnahme von Auslandskrediten in Aussicht zu nehmen.

2. Der Mieter schutz muß aufrechterhalten bleiben. Die inzwischen vorgenommenen Vorkerungen haben zu keiner Milderung der Wohnungsnot geführt; erforderlich ist dagegen die Schaffung eines sozialen Wohn- und Mietrechts, das der Mieterschaft einen Schutz vor unangemessener Kündigung und Mietpreissteigerung gewährt.

Diesen Forderungen ist eine ausführliche Begründung beigegeben. Der deutsche Bauwerkverbund hat bei der am 1. Januar im Reichsarbeitsministerium gepflogenen Aussprache eine Reihe von Vorschlägen überreicht, die zum Teil von den hier genannten übereinstimmen, zum Teil auch die imgedeuteten Gedanken näher ausführen. So wird unter anderem als falsch bezeichnet, Wohnungen unter durchschnittlich 65 Quadratmeter ausschließlich Zuhörer zu bauen. Nach einer ausgemachten Rechnung kostet die Herstellung einer solchen Wohnung 10 000 Mt. Jährlich müßten 300 000 Wohnungen gebaut werden. Werden davon 50 000 ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel errichtet, dann sind zur Finanzierung der restlichen 250 000 Wohnungen jährlich 4 Milliarden erforderlich, die im Durchschnitt der nächsten 10 Jahre sichergestellt werden müssen. Zu dem Zweck müßte die Hauszinssteuer ganz für den Wohnungsbau verwendet werden. Soweit diese Finanzquellen nicht reichen, müßten auch ausländische Anleihen in Anspruch genommen werden. Es werden weiter auf die Notwendigkeit der Nationalisierung der Bauwirtschaft hingewiesen, und schließlich wird gefordert, daß für Wohnungen mit mehr als 100 Quadratmeter Wohnfläche sowie für Arbeitswohnungen Mittel aus der Hauszinssteuer nicht verwendet werden dürfen.

Die Wege, die von den Gewerkschaften gezeigt werden, um aus der Wohnungsnot herauszukommen, sind gangbar und erfolgversprechend. Ob die Ratschläge auch beachtet werden, ist aber keineswegs gewiß. Wie bei so vielen anderen Fragen, so sprechen auch hier die Kreise ein gegensätzliches Wort, denen es nicht sowohl um die Beseitigung der Wohnungsnot, als vielmehr um den Profit zu tun ist, der beim Wohnungsbau zu erzielen ist. Diese Hindernisse müssen aber überwunden werden, ebenso wie der Widerstand des Reichsbankpräsidenten Schacht gegen Auslandsanleihen, ohne die ein Wohnungsbauprogramm auf weite Sicht nicht durchführbar ist. Die Beseitigung der Wohnungsnot ist eine Aufgabe, die so dringend ist, daß sie unter allen Umständen gelöst werden muß.

Deutschlands Außenhandel 1927.

Nach der amtlichen Außenhandelsstatistik führte Deutschland 1927 für 14 381 Millionen Mark ein und für 10 241 Millionen Mark aus. Der Einfuhrüberschuß betrug also 4 140 Millionen Mark. 1926 betrug dieser nur 711 Millionen Mark. Wenn man diese Zahlen miteinander vergleicht, gewinnt man den Eindruck, daß 1927 für unsere Ausfuhr ein sehr schlechtes Jahr gewesen ist. Das Gegenteil ist aber richtig: 1927 wurden für 13 877 Millionen Mark mehr Waren ausgeführt als 1926. Wenn trotzdem ein so hoher Einfuhrüberschuß zu verzeichnen ist, so ist das auf die gewaltige Zunahme der Einfuhr zurückzuführen, die etwa zehnfach stärker gestiegen ist als die Ausfuhr. Die Einfuhrsteigerung wird verschiedentlich als ein großer Schaden für die deutsche Wirtschaft bezeichnet. Zweifellos ist 1927 eine ganze Menge überflüssiger Waren eingeführt worden, in der Hauptsache bestand die Einfuhr aber aus für den Aufbau der Wirtschaft notwendigen Rohstoffen und Halbfabrikaten. Ohne diese Kapitaleinfuhr in Warenform hätten wir den Wirtschaftsaufschwung im Jahre 1927 nicht erreichen können. Nachstehende Zahlenzusammenstellung gibt einen Überblick über die monatliche Bewegung der Handelsbilanzen.

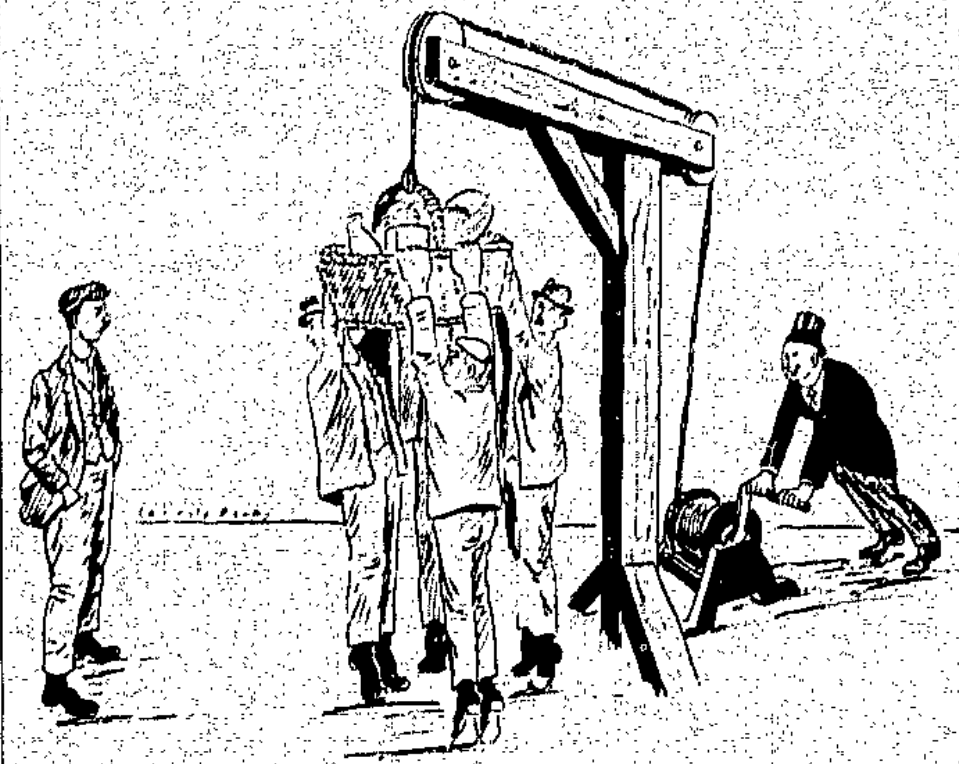
Jahr und Monat	Gesamthandel			Reiner Warenhandel		
	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Einfuhr- über- schuß	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Einfuhr- über- schuß
in Millionen Mark						
1927 Januar	1154	800	357	1094	799	295
Februar	1142	757	385	1094	756	338
März	1120	844	276	1086	842	244
April	1104	798	306	1096	797	299
Mai	1179	835	344	1173	834	339
Juni	1202	750	452	1197	748	449
Juli	1282	849	433	1277	847	430
August	1210	870	340	1161	869	292
September	1185	996	249	1175	933	242
Oktober	1255	963	292	1245	961	284
November	1304	912	392	1291	910	381
Dezember	1266	955	311	1257	953	304
1927 insgesamt	14381	10241	4140	14143	10219	3924
1926	10565	9854	711	9950	9818	132
1925	13146	8837	4309	12428	8798	3630
1913	11206	10199	1007	10770	10097	673
1927	1198	853	345	1179	852	327
1926	880	821	59	829	818	11
1925	1095	736	359	1036	733	302
1913	934	870	64	898	841	57

Über die Entwicklung des Außenhandels, geordnet nach Warengruppen, unterrichtet folgende Zusammenstellung:

Entwicklung des Außenhandels nach Warengruppen.

Jahr	Lebende Tiere	Lebensmittel und Getränke	Rohstoffe und halbfertige Waren	Fertige Waren	Keiner Warenwert	Näherdem Gold und Silber
Einfuhr in Millionen Mark						
1927	177,2	4350,4	7140,0	2460,8	14143,2	238,3
1926	124,5	3578,7	4924,2	1322,7	9950,1	615,2
1925	222,0	4032,2	6269,0	2005,0	12428,2	718,1
1913	289,7	2807,8	6280,0	1302,2	10769,7	436,4
Ausfuhr in Millionen Mark						
1927	11,0	418,8	2239,3	7549,5	10218,7	21,9
1926	10,7	470,4	2302,9	6968,1	9818,1	336,2
1925	15,3	516,9	1640,4	6625,7	8798,3	39,5
1913	7,4	1069,5	2274,1	6746,2	10097,2	101,4

Außerordentlich unerfreulich ist die starke Zunahme der Lebensmittelzufuhr. Die Landwirtschaft jammert darüber und fordert einen noch höheren Zollschutz.



Um den Brotkorb!

„Den Brotkorb herunter! Kommt alle herbei! Erhöhung der Löhne die Lösung sei. Wir müssen auf jeden Helfer zählen. Jeder muß schaffen, keiner darf fehlen! Es wird gemacht, es wird vollbracht, Wir Organisierten gewinnen die Schlacht! Sie wirken so eifrig, das Ringen ist heiß. Steht keiner beiseite, wird unser der Preis!

Wo wird man den Unternehmer finden? Er will den Brotkorb nach oben winden. Den Hebel hat er in der Hand. Doch schimpft er voll Zorn: „Der verwünschte Verband! Wie er da drüben am Brotkorb zieht! Er bringt mich nochmal um den besten Profit.“ Aber heimlich denkt er mit hämischem Sinn: Es sind ja gottlob nicht alle drin! Ja, ihr, die ihr beiseite steht Und niemals, was da nottut, seht, Die ihr nicht kämpft, mit uns vereint, Ihr unterstützt allein — den Feind. Wann wird es auch von euch erkannt? „Wir treten ein in den Verband!“

Genning Duderstadt.

Das muß ganz entschieden abgelehnt werden. Die Lebensmitteleinfuhr läßt sich wirksam und ohne Schaden für die Bevölkerung nur dadurch eindämmen, daß alles, aber auch alles getan wird, was zu einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion führt. Dazu fehlt angeblich das erforderliche Geld. Aber wenn es sich um den Kampf gegen die Arbeiterchaft und gegen die Republik handelt, ist Geld in Hülle und Fülle vorhanden. Die Einfuhrsteigerung bei den Rohstoffen und halbfertigen Waren erklärt sich aus der stotten Konjunktur im Jahre 1927. Unerfreulich ist auch die Einfuhrzunahme bei den Fertigwaren. In verschiedenen Branchen hat die verstärkte Nachfrage des Innenmarktes von der heimischen Industrie nicht voll befriedigt werden können, zumal diese erklärlicherweise nicht auf die Ausfuhr verzichtete, nur um die Inlandkonjunktur in erhöhtem Maße auszuschöpfen. Die Vernachlässigung des Auslandmarktes hätte zwar vorübergehend zu einer Abschwächung der Fertigwareneinfuhr führen können, aber zugleich auch den Verlust von wertvollen Auslandsverbindungen zur Folge gehabt. Wenn man diese Umstände berücksichtigt, erscheint die Einfuhrsteigerung bei den Fertigwaren in einem freundlicheren Lichte. Dazu kommt die Tatsache, daß es auch 1927 gelungen ist, die Ausfuhr von Fertigwaren ganz beträchtlich zu erhöhen. In den in der Zusammenstellung angegebenen Ausfuhrwerten kommen noch die Einnahmen aus den Reparationslieferungen: 1927 betragen diese 578 Millionen Mark. Davon entfallen 18 Millionen Mark auf Tiere, 22 Millionen Mark auf Getränke, 369 Millionen Mark auf Rohstoffe und Halbfabrikate und 170 Millionen Mark auf Fertigwaren.

Hohe Löhne bürgen für stetige Produktion.

Unter dieser Überschrift berichtet die „Industrie- und Handelszeitung“ über eine Rede des Präsidenten des Russischen Rates der Vereinten Stahl Corporation, Charles M. Schwab, die dieser auf einer Unternehmertagung gehalten hat. Nach einem Überblick auf die günstige Konjunktur der amerikanischen Wirtschaft hat Schwab betont, daß die Hochkonjunktur die Wirtung der hohen Löhne sei. Durch Lohn erhöhungen wird die Kaufkraft der breiten Massen verhärt und stabil erhalten. Daher die Stetigkeit der amerikanischen Wirtschaft.

Besonders wichtig wird behauptet, der Amerikaner habe wohl einen viel höheren Nominallohn, da aber dort die Lebenshaltung viel teurer sei als bei uns in Deutschland, stehe sich der Amerikaner nicht besser als der Deutsche. Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, schildert anschaulich der Amerikasahrer Otto Moog. Herr Moog ist der Leiter einer bekannten Maschinenfabrik in Braunschweig und, wie aus seinem Amerikabuch hervorgeht, alles andere als ein Arbeiterfreund. Wenn er den deutschen Arbeitern trotzdem nachweist, daß sie viel, viel schlechter bezahlt werden als ein Amerikaner, so ist ihm das hoch anzurechnen. Herr Moog rechnet mit einem deutschen Facharbeitereinkommen von 180 bis 200 Mt. monatlich und stellt fest, daß der gleichartige amerikanische Arbeiter 160 bis 200 Dollar, also in Mark mehr als das Vierfache verdient. Für seinen Stundenlohn kauft der Arbeiter in

	Amerika	Deutschland
Eier	15 Stück	6 Stück
Schweinefleisch	2 Pfund	1 Pfund
Butter	10 Pfund	5 Pfund
Zucker	8 Pfund	2 Pfund
Milch	6 Liter	3 Liter
Steinkohlen	60 Kilogramm	17 Kilogramm
Leuchtgas	30 Kubikmeter	7 Kubikmeter
Industriestrom	30 Kw.-Std.	9 Kw.-Std.
Eisenbahnfahrt 1. Kl.	25 Kilometer	7 Kilometer
Normale Werkzeugmasch.	1 Kilogramm	1/4 bis 1/2 Kilo

Angeichts dieser Tatsachen ist es begreiflich, daß der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser in seiner Zeitschrift über die niedrigen Löhne der deutschen Arbeiter jammert. An Hand einer Tabelle der Reallohne im August 1927, nach den Angaben des Internationalen Arbeitsamtes, weist er nach, daß „der Reallohn in Deutschland weit unter dem Vorkriegsstand liegt“. Die Arbeitermassen besitzen nicht die nötige Kaufkraft, um die erzeugten Waren kaufen zu können, daher der schwache Absatz der Geschäfte und die unstete Konjunktur der Betriebe.

Den Zusammenhang zwischen guter Konjunktur und hohen Löhnen begreifen nur auch die deutschen Unternehmer. Jetzt gilt es, daraus die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die Löhne in Amerika.

Mit Recht wird oft darauf hingewiesen, daß die hohen Löhne in Amerika keine allgemeine Erscheinung sind und es Verste mit sehr niedrigen Löhnen gibt. Daß jedoch auf alle Fälle die Löhne der organisierten Arbeiter dauernd steigen, beweist eine Statistik des amerikanischen Arbeitsdepartements, das jedes Jahr Angaben über die Wochen- und Stundenlöhne in den wichtigsten organisierten Berufen beschafft und damit einen Index errechnet. Diese Berechnungen sind seit dem Jahre 1913 durchgeführt worden. Abgesehen von einem einzigen Jahr ist der Index in all diesen Jahren dauernd gestiegen. Er stand im Jahre 1921 93,3 Prozent und im Jahre 1922 83 Prozent über der Ziffer des Jahres 1913. Im Vergleich zum Jahre 1926 (133,4 Prozent) ist der Index im Jahre 1927 um 7,4 gestiegen und steht damit um 140,8 Prozent höher als im Jahre 1913.

Wiedereinbeziehung abgefundener Kriegsbeschädigten in die Versorgung.

Durch eine Abänderung der Ausführungsverordnung zum Reichsversorgungsgesetz ist die Möglichkeit geschaffen worden, daß abgefundene Versorgungsberechtigte wieder in die Versorgung einbezogen werden können. Nach dem alten Wortlaut der Verordnung wurde bisher eine große Zahl gleichbleibender, erheblicher Dauerrenten nur mit der Berücksichtigung abgefunden, die zum Beispiel für den Verlust eines Auges, aller Zähne, für widernatürlichen Alter usw. nur 20 Prozent betrug. Da die Rente erst bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 25 Prozent bedingt war, waren diese verhältnismäßig schwer beschädigten Kriegsteilnehmer ohne jede Rentenversorgung. Die Verordnung ist nun dahin abgeändert worden, daß diese Schäden nun jetzt an mit 25 Prozent Rente abzufinden sind. Sie enthält dabei außerdem noch den Hinweis, daß andere Vorfälle, die den in der Verordnung genannten gleichzusetzen sind, entsprechend hoch zu berücksichtigen seien. Unter diese in der Verordnung nicht genannten Vorfälle sind insbesondere solche, die an sich den Kriegsrentenberechtigten zwar nur 25 Prozent in ihrer Erwerbsfähigkeit mindern, die aber aus gesetzlichen Gründen nur auf den Prozentsatz der Berücksichtigung (20 Prozent) abgestellt worden sind. Den Kriegsrentenberechtigten mit solchen Beschädigungen wird empfohlen, ihre Versorgungsangelegenheiten dem Reichsamt für Kriegsbeschädigten zur Nachprüfung zu unterbreiten.



Aus dem Verbandsleben



Mitteilungen des Vorstandes.

Von den nachstehend aufgeführten Verwaltungsstellen ist die Abrechnung für das vierte Vierteljahr 1927 trotz erfolgter Mahnung bis zum 28. Januar noch nicht eingegangen: Gau Ostpreußen: Gehlsen, Matunischen. Gau Preußen: Leobschütz, Neustädte (Bezirk Siegnitz), Oberaltdorf, Nückers, Seitenberg. Gau Brandenburg: Benthin, Meseritz. Gau Ostpreußen: Martinroda, Salzungen, Tambach-Dietzhay. Gau Hannover: Carlshafen, Bomberg. Gau Düsseldorf: Ahlen, Allena, Rodum, Cleve, Hattigen, Siegen, Wingershausen. Gau Frankfurt: Frankfurt a. M., Fulda. Gau Nürnberg: Marktzeuln, Michelau, Redwitz, Thonberg. Gau München: Gornisch, Wasserburg, Weßling. Gau Stuttgart: Bruchsal, Dorfschellen, Furtwangen, Kornwestheim, Laupheim.

Die Ortsverwaltungen in diesen Verwaltungsstellen werden dringend ersucht, für unverzügliche Einsendung der Abrechnung Sorge zu tragen, da sonst die Sperre des Materials und der „Holzarbeiter-Zeitung“ eintritt.

Berlin ED. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Reichskonferenz der Stodarbeiter.

Die Reichskonferenz der Stodarbeiter am 22. Januar in Kassel nahm in jeder Hinsicht einen befriedigenden Verlauf. Im Mittelpunkt stand die Frage der Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse 1918 wurde für die Stodindustrie ein Reichstarifvertrag abgeschlossen, dem fast alle Betriebe und Beschäftigten unterstanden. Der Arbeitgeberverband für die Stod-, Eisen- und Feinindustrie (Sti Kassel) war damals eine ziemlich starke Organisation. Inzwischen haben sich seine Reihen gelichtet, heute gehört ihm nur noch ein Teil der Stodfabrikanten an. Infolgedessen haben die heute mit ihm abgeschlossenen Tarifverträge nicht mehr die Bedeutung wie früher. Gegenwärtig unterstehen dem mit dem Arbeitgeberverband für die Stodindustrie abgeschlossenen Tarifvertrag in 11 Orten 31 Betriebe mit 920 Beschäftigten. Das ist etwa ein Drittel der in der Stodindustrie insgesamt beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Für 4 Betriebe mit 68 Beschäftigten sind die Arbeits- und Lohnverhältnisse betrieblich geregelt, für 38 Betriebe mit 772 Beschäftigten gelten Ortsverträge, und 11 Betriebe mit 146 Beschäftigten unterstehen dem Mantelvertrag für das Holzgewerbe. Außerdem arbeiten in 3 Orten 24 Betriebe mit 463 Beschäftigten zurzeit ohne Vertrag.

An diesem Durcheinander haben weder die Arbeiter noch die Unternehmer eine Freude. Auch in der Stodindustrie liegt eine einheitliche zentrale Regelung der Arbeitsverhältnisse im Interesse beider Gruppen. Sie ist aber nur möglich, wenn auf beiden Seiten starke Organisationen vorhanden sind. Das ist bei den Unternehmern heute nicht der Fall. Unter diesen Umständen ist die Frage berechtigt, ob es sich lohnt, mit dem Arbeitgeberverband für die Stodindustrie (Sti Kassel) auch weiterhin Verträge abzuschließen. Die Reichskonferenz hat das nach einem Vortrag des Kollegen Demmer vom Verbandsvorstand bejaht. Allerdings unter der Voraussetzung, daß der Unternehmerverband den berechtigten Forderungen der Arbeiter mehr als bisher entgegenkommt. Der Reichstarifvertrag entspricht inhaltlich nicht mehr den Verhältnissen. Die Reichskonferenz beauftragte den Verbandsvorstand, den Vertrag zum Ablauf am 31. September zu kündigen.

Die Reichskonferenz nahm dann Stellung zu den am 21. Januar ablaufenden Lohnabkommen. Über die zu fordere Zulage gingen die Meinungen zunächst weit auseinander. Schließlich einigte man sich auf die Forderung von 20 Prozent.

Wie in den Verträgen und Lohnabkommen, herrscht auch in der Frage der Zentralkommission am Schluß der Ausschussfrage die Einmütigkeit. Der Verbandsvorstand beantragte die Auflösung der Zentralkommission. Gegen diesen Antrag wurden sich die Vertreter der Berliner Kollegen. Ihre Gründe für die Aufrechterhaltung der Zentralkommission fanden aber keinen Anklang. Die Reichskonferenz entschied sich mit 21 gegen 2 Stimmen für den Antrag des Verbands. Die Aufgaben, die der Zentralkommission gestellt waren, werden nunmehr von der Zentralkommission erledigt. Die Reichskonferenz nahm dann Stellung zu den am 21. Januar ablaufenden Lohnabkommen. Über die zu fordere Zulage gingen die Meinungen zunächst weit auseinander. Schließlich einigte man sich auf die Forderung von 20 Prozent.

Über die augenblicklichen Verhältnisse in der Branche wurden von einigen Kollegen wertvolle Ausführungen gemacht. Die Unternehmer gehen immer mehr dazu über, die menschliche Arbeitskraft durch neue und leistungsfähigere Maschinen oder sonstige Einrichtungen zu ersetzen. Einige Kollegen berichteten über die Erfahrungen mit dem sogenannten Touchapparat. In einem Betrieb wird dieser Touchapparat von zwei jungen Arbeitern bedient, die jetzt täglich 20 „pollieren“ wie früher 20 Polierer.



Bernhard Habant.
Seit 1907 Mitglied der Ortsverwaltung Arnstadt.



Richard Sillmann.
Seit 1916 Mitglied der Ortsverwaltung Arnstadt.



Aus einigen Orten wurde berichtet, daß verschiedene Kollegen nach Arbeitsluß im Betrieb bei anderen Unternehmern weiterarbeiten. Den Sektionen wird zur Pflicht gemacht, diesen Unfug mit allen Kräften zu verhindern. Wenn diese Kollegen trotz der Ermahnungen der Sektionen und der Ortsverwaltungen ihr schändliches Treiben weitermachen, wird man sie der zuständigen Behörde melden müssen. In einigen Fällen ist das bereits geschehen, und die Beteiligten haben eine empfindliche Geldstrafe erhalten.

Über die Reichskonferenz der Stodarbeiter wird ein ausführliches Protokoll veröffentlicht werden, das wir allen Franchenangehörigen zum fleißigen Studium empfehlen. Wenn von jetzt an in allen Orten im Geiste der Verhandlungen in Kassel gearbeitet wird, dann kommen wir auf der ganzen Linie vorwärts!

Der Tarifvertrag für das Holzgewerbe in Thüringen.

Als im vorigen Jahre der Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe mit dem Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie abgeschlossen wurde, spielten die Unternehmer in Thüringen nicht mit. Der Verein Thüringischer Holzindustrieller war damals dem Arbeitgeberverband angeschlossen, ob er es jetzt noch ist, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen, denn er macht öfters Seitenprünge. Je nach der gerade herrschenden Konjunktur bezeichnet er sich als Mitglied oder Nichtmitglied des Arbeitgeberverbandes, wobei wir die Richtigkeit seiner jeweiligen Behauptung dahingestellt sein lassen. Für unseren Verband ist diese Frage von geringer Bedeutung.

Im Frühjahr des vorigen Jahres mußte mit dem Verein Thüringischer Holzindustrieller ein besonderer Vertrag abgeschlossen werden, nachdem ihm vorher durch einen Kampf bewiesen worden war, daß die Bestimmungen des Mantelvertrages auch für Thüringen tragbar sind. Der Tarifvertrag für das Holzgewerbe in Thüringen gilt bis zum 15. Februar 1928, er hat aber, abweichend vom Mantelvertrag, nur einen Monat Kündigungsfrist. In der gleichen Weise ist auch die Lohnvereinbarung befristet.

Ebenso wie die zum Mantelvertrag gehörigen Lohnabkommen wurde auch die Lohnvereinbarung für Thüringen zum Ablauf am 15. Februar gekündigt. Während aber der Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe durch Nichtkündigung bis zum 15. Februar 1929 verlängert wurde, wollen die Thüringer Unternehmer wieder einen besonderen Tanz wagen, sie haben nun ihrerseits den Tarifvertrag zum Ablauf am 15. Februar gekündigt.

Gleich nach Abgang der Kündigung des Tarifvertrages lud der Syndikus des Vereins Thüringischer Holzindustrieller seine Mitglieder zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am den 21. Januar nach Weimar. Nach der Berichterstattung über die Beschlüsse des Vorstands und des

Gesamtausschusses steht als wichtigster Punkt auf der Tagesordnung: „Beschlusfassung über Aufrechterhaltung oder Liquidierung des Vereins Thüringischer Holzindustrieller.“ Eine Erklärung zu diesem Punkt enthält das Rundschreiben nicht, dagegen wird den Mitgliedern als Grund für die Kündigung des Mantelvertrages mitgeteilt, daß der Holzarbeiter-Verband die Arbeitszeitbestimmung des Vertrages sabotiert und das Landesarbeitsamt zerfallen habe. Wie der Holzarbeiter-Verband die Sabotierung der Arbeitszeitbestimmung, welche die Arbeitszeit auf wöchentlich 48 Stunden, täglich 8 Stunden festsetzt, vollbracht haben soll, ist das Geheimnis des Herrn Neuhoff. Und für die angebliche Zeitschlagung des Landesarbeitsamts ist es bezeichnend, daß dieses noch am 3. Januar 1928 aklärt und sogar einstimmig einen Schiedsspruch gefällt hat. Lediglich über einen unparteiischen Vorsitzenden kam eine Einigung nicht zustande. Aber es handelt sich um Behauptungen des Herrn Neuhoff, und man weiß, wie solche zu werten sind. Als Anlage zu diesem Rundschreiben hat Herr Neuhoff den Mitgliedern seines Vereins eine dringende Empfehlung zum Beitritt in eine Streikversicherungsgesellschaft gesandt, die bei sofortigem Beitritt ganz besondere Vorteile bietet.

Was da bei den Thüringischen Holzindustriellen gespielt wird, ist noch nicht mit voller Klarheit zu übersehen. Wir wollen uns auch über die Neuhoff'sche Taktik den Kopf nicht zerbrechen. Lassen wir ihn ruhig seine Kreise ziehen. Unsere Kollegen in Thüringen wissen, mit was für einem Gegner sie es zu tun haben. Sie sind gerüstet und jederzeit bereit, aufzuspielen, wenn Herr Neuhoff und die Seinen Lust verspüren, einen Tanz zu wagen.

Der plastische Schmutz.

Auf Wunsch der Kollegen hielt ich am 14. Januar in Dresden und am 18. Januar in Breslau einen Lichtbildervortrag über das Thema „Der plastische Schmutz“. Der Zweck dieser Vorträge soll sein, entgegen der neuen Stilrichtung „Form ohne Ornament“ für einen neuen Stil im Kunstgewerbe, bei dem der plastische Schmutz, das Ornament, nicht völlig ausgeschaltet ist, Propaganda zu machen. Die Lage der Bildhauer ist nach wie vor trostlos, was hauptsächlich auf die extreme Stilrichtung zurückzuführen ist.

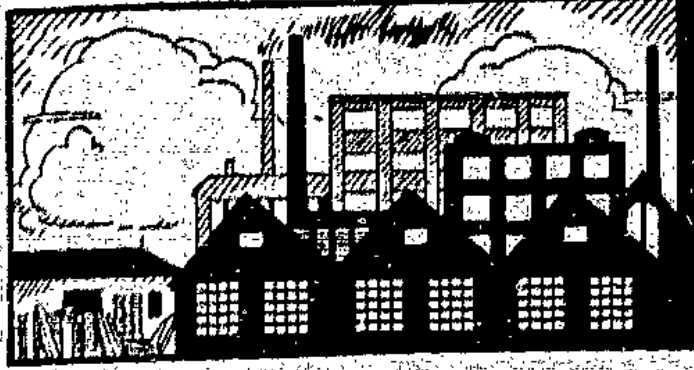
In Dresden war die Veranstaltung von 60 und in Breslau von etwa 200 Personen besucht. Es waren Einladungsstellen verhandelt worden an sämtliche Berufs- und Fachschulen, Architekten und sonstige Interessenten, die auch in beträchtlicher Zahl erschienen waren. Die Bildhauerzwanagsinnung war gleichfalls vertreten, wie in Dresden, auch verwandte Berufsgruppen mit ihren Angehörigen.

In Dresden und zurzeit 66 organisierte Bildhauerkollegen, in Breslau nur 25, und trotzdem hier ein ganz anderer Besuch als dort! Soll der Zweck solcher Vorträge erreicht werden, darf die Besucherzahl nicht nur auf die Berufskollegen beschränkt bleiben. In diesem Vortrag wird durch Lichtbilder und textliche Erläuterung die Entwicklung des plastischen Schmutzes und die Auseinanderfolge der verschiedenen Stile bis zur neuesten Zeit gezeigt.

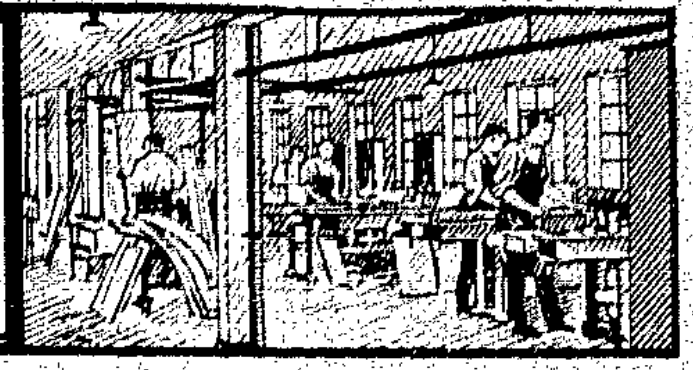
Bei der Gelegenheit berichte ich die Holzschmiedeschule Wambrowitz in Schlesien. Ich habe mich durch Augenblicke davon überzeugt, daß die Leitung dieser Schule und die Lehrmethode dazu geeignet sind, Bildhauerkollegen, die die Werkstatthehre hinter sich haben, im Beruf weiter zu fördern. Es ist ihnen Gelegenheit gegeben, dort das nachzuholen, was in der Privatlehrerbildung verfaßt werden mußte, weil ganz minderwertige Arbeit gemacht wird, infolgedessen die Auszubildenden ganz einseitig war. Es ist doch viel eher die Möglichkeit, bei guter Ausbildung Arbeit im Beruf zu finden, wenn der plastische Schmutz mal wieder mehr Verwendung findet. Und die Berufslage wird wieder besser werden, denn die neue, ganz abstrakte Stilrichtung findet nicht überall Anklang, weder bei allen führenden Künstlern und Architekten noch bei dem gesamten laufenden Publikum.

Vertragsabschluss bei Brüning u. Sohn in Döneburg.

Mit der Firma Brüning u. Sohn A.-G. die zurzeit größte Exportholzfabrik in Deutschland, wurde ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen, wobei die Arbeitszeitbestimmungen, die Ferienfrage und der sonstige Vertragsinhalt erheblich verbessert werden konnten. Zugleich wurde auch ein neues Lohnabkommen vereinbart, wonach sich der Lohn für ungelernete Arbeiter über 22 Jahre um 8 Pf. pro Stunde erhöht. Um denselben Prozentsatz (12 Prozent) erhöhen sich auch die übrigen Löhne. Die Abkord erhöhen sich entsprechend. Das Abkommen hat Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1928. Der erzielte Erfolg konnte nur erreicht werden, weil die etwa 380 Beschäftigten seit dem Sommer vorigen Jahres sich fast restlos wieder organisiert haben. Wesentlich halfen die Kollegen und Kolleginnen dem Verband die Treue, damit in Zukunft auf der neu geschaffenen Grundlage weitere Verbesserungen durchgeführt werden können.



Holzindustrie



Streiflichter auf dem Holzmarkt.

Am Rundholzmarkt ergab sich bei Fortdauer der lebhaften Nachfrage auf der ganzen Linie ein schlanter Absatz der in steigendem Maße angebotenen Ware. Dabei hat die große Festigkeit nicht im geringsten nachgelassen, und die Preise hielten sich auf ansehnlicher Höhe.

Das „Holzhandelsblatt“, dem wir die vorstehenden Sätze entnehmen, kennzeichnet damit ziemlich zutreffend die augenblicklichen Verhältnisse auf dem Rundholzmarkt. Was nicht ganz stimmt, ist die Behauptung, die Waldbesitzer böten Rundholz in steigendem Maße an. Wohl ist das Angebot heute größer als vor wenigen Wochen, es bleibt hinter der Nachfrage aber weit zurück. Im Augenblick läßt sich noch nicht übersehen, ob das Rundholz wirklich so knapp ist, oder ob die Waldbesitzer es zurückhalten, um auf diese Weise die Preise noch weiter und noch schärfer in die Höhe zu treiben. Wunders würden wir uns darüber nicht, denn diese Taktik ist ihnen von ihren Verbänden ja wiederholt empfohlen worden. Wie dem aber sei, richtig ist die Feststellung, daß eine sehr starke Nachfrage nach Rundholz besteht und die Preise eine ansehnliche Höhe erreicht haben. Das war vorauszu sehen. Die Waldbesitzer freilich kündigten eine schwere Krise des deutschen Holzmarktes an infolge der „Überschwemmung des heimischen Marktes mit ausländischem Holz“. Wir recht wir meinen, daß wir dieses Gerücht entschieden ablehnen, sehen heute wohl auch die Unternehmer der Sägewerks- und der Holzverarbeitenden Industrie ein, die damals anderer Ansicht waren. Trotz der starken Rundholzeinfuhr aus Polen ist die deutschen Waldbesitzer auf ihrem Rundholz nicht oft, wie vorausgesagt wurde, sondern werden es spielend leicht zu hohen Preisen los. Nachstehend bringen wir eine Übersicht über die Rundholzpreise in den wichtigsten Ländern.

Rundholzpreise in verschiedenen Ländern.

Jahr und Monat	Monatliche Durchschnittspreise je Festmeter 3. Klasse			
	Preußen Aiefer Mt.	Bayern Fichte und Tanne Mt.	Mittel- berg Fichte und Tanne Mt.	Rhein- land Fichte und Tanne Mt.
1927 Januar	32,68	25,48	30,36	29,65
Februar	32,77	25,05	31,51	30,11
März	32,80	26,36	32,66	31,56
April	31,46	26,73	32,89	31,21
Mai	33,83	26,47	34,04	32,66
Juni	33,41	28,27	35,65	33,21
Juli	33,27	28,89	35,42	33,12
August	31,38	31,90	36,57	34,11
September	34,66	31,72	38,61	34,04
Oktober	34,76	32,04	37,50	33,36
November	38,41	32,13	41,70	33,39
Dezember	39,95	33,06	41,10	36,45

Die Rundholzpreise sind nicht nur gestiegen, sie sind in die Höhe gesprungen. Aber sie haben ihren höchsten Punkt noch lange nicht erreicht. In den letzten Wochen sind sie lustig weiter in die Höhe geklettert. In Bayern würde dieser Tage das Festmeter Fichten- und Tannensrundholz 3. Klasse mit 40,59 Mt. (Bamberg) und mit 44,10 Mt. (Munich) bezahlt. In den anderen Ländern nehmen die Preise eine ähnliche Entwicklung. Die Sägewerksunternehmer würden diese Rundholzpreise nicht zahlen, wenn sie nicht damit rechneten, entsprechend hohe Schnittholzpreise zu bekommen. Bis jetzt ist ihnen die Anpassung der Schnittholzpreise an die Rundholzpreise allerdings noch nicht gelungen. Wir glauben nicht, daß das überhaupt einmal gelingen wird, ja, wir wünschen es sogar. Denn die Anpassung der Schnittholzpreise an die ständige in die Höhe gehenden Rundholzpreise bedeutet für die Holzverarbeitende Industrie eine neue schwere Krise. Über die Preisentwicklung einiger Schnittholzfortimente unterrichtet folgende Zusammenstellung:

Großhandelspreise für Nadelschnittholz.

Jahr und Monat	Berlin-Ostpreußen Aiefer			Süddeutschland Fichte und Tanne		
	Mittel- bloch	Stamm- ware	Astreine Eichen	Un- sortierte Breiter	Gute Breiter	Keine u. halb- reine
1927 Januar	77	120	122	50	90	110
Februar	75	123	125	53	92	112
März	76	123	125	55	97	118
April	80	125	125	55	97	113
Mai	85	125	120	57	97	118
Juni	88	125	120	56	97	118
Juli	90	123	123	55	98	118
August	90	125	125	55	98	118
September	90	128	125	56	100	118
Oktober	93	130	130	60	100	118
November	95	133	125	60	100	120
Dezember	95	135	133	61	103	120

Die Schnittholzpreise sind nicht so stark und vor allem nicht so sprunghaft gestiegen wie die Rundholzpreise, sie haben die für die Wirtschaft tragbare

Höhe aber bereits erreicht. Das Schnittholzgeschäft war das ganze Jahr über sehr flott. Was die Unternehmerrichtung „Das Holz“ für Süddeutschland feststellt, gilt für das ganze Gebiet der Republik. Die Hochkonjunktur in allen Zweigen der Wirtschaft wirkte sich in glünstiger Weise für die Holzwirtschaft vor allem darin aus, daß die gesamte Schnittholzerzeugung nicht nur leicht aufgenommen wurde, sondern auch alle alten Bestände von früher vom Markt aufgesogen wurden. Das Ergebnis davon war, daß bis zum Schluß des Jahres im großen und



Jetzt ist es Zeit!

Die Stunde ruft, der Kampf beginnt,
Wir müssen rüstig streiten.
D sorgt, daß alle einig sind,
und kommt zu uns betzitten.
Wir leisten rechten Widerstand
In einem starken Bunde.

Drum tretet ein in den Verband!
Seiht das Gebot der Stunde.

Der Unternehmer scheut sich nicht,
Kann er uns säumig fassen.
Doch tut ein jeder seine Pflicht,
Das wird ihm wenig passen!
Wir werden schreiten Hand in Hand,
Vernehmst ihr recht die Kunde:
Tretet ein in den Verband!
Seiht das Gebot der Stunde.
Henning Duderstadt.

ganzen der gesamte Vorbestand bei den Sägewerken und dem Holzhandel geräumt war. Hätte sich nicht die Einfuhr ausländischen Holzes im Verlauf des Jahres gleichzeitig bedeutend gesteigert, wie dies tatsächlich der Fall gewesen ist, so würden wir heute am süddeutschen Markt vor einer unangenehmen Verknappung des verfügbaren Angebots stehen, die wahrscheinlich eine noch vielfach stärkere hausse auch am Rundholzmarkt, als sie es heute bereits ist, mittelbar zur Folge gehabt hätte.

Augenblicklich neigt das Schnittholzgeschäft nicht mehr so flott wie vor Wochen. Die nächsten Wochen und Monate bringen aber bestimmt wieder einen Aufschwung.

Verbandschnittholzpreise.

Zwischen dem Nordwestdeutschen Verein für Holzhandel und Holzindustrie (Sitz Kassel) und dem Verein der Holzindustriellen und Holzhandlungen des Harzgebietes (Sitz Goslar) ist ein Preisabkommen für Schnittholz abgeschlossen worden. Die Berliner Börsen-Zeitung vom 18. Januar berichtet darüber: „Die Richtpreise für Nadelschnittholz im Harz und ebenso für Nordwestdeutschland einschließlich Niedersachsen sind den augenblicklichen Verhältnissen des Rundholzmarktes angepaßt, und der gesamten Grundpreisliste ist das in der Provinz Sachsen und in ganz Thüringen eingeführte Schema zugrunde gelegt, das für jede Kantholzdimension einen bestimmten Preis angibt. Mit Hilfe dieser neuen Grundpreisliste wollen die zusammenarbeitenden Organisationen des Sägewerkes erreichen, daß

Bauholzlisten nicht mehr zu einem Durchschnittspreis von je Kubikmeter angeboten werden, sondern zu den geltenden Verbandspreisen zu, oder abzüglich eines bestimmten Prozentsatzes. Es wird ausschließlich ab Verladestation verkauft. Zahlungen haben innerhalb 14 Tagen nach Rechnungslegung in verlustfreier Barzahlung ohne jeden Abzug zu erfolgen. Wird Zahlung in Dreimonatswechsel vereinbart, so kauft die Dreimonatsfrist vom Rechnungsdatum an. Der Wechsel muß diskontfähig sein, und der Käufer trägt den Großbankdiskont. Die zusammenarbeitenden Organisationen geben den ihnen angeschlossenen Sägewerksbesitzern auf, beim Abschluß von Schnittholzgeschäften stets abzumachen, daß etwa sich ergebende Streitfälle unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges der zuständigen Geschäftsstelle des Schiedsgerichts für Holz in Norddeutschland (Sitz Hannover) zur Erledigung nach Maßgabe der für ganz Nordwestdeutschland gültigen Schiedsgerichtsordnung übergeben werden.“

Die Meldung spricht einmal von Schnittholz allgemein, das andere Mal von Kantholzdimensionen, also von Bauholz. Wahrscheinlich bezieht sich das Preisabkommen nur auf das Bauholz. Die Bauholzpreise sind infolge des Mißverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage heute schon übermäßig hoch, durch das Preisabkommen sollen sie nun noch höher getrieben werden. Der Erfolg wird sein, daß die Bauunternehmer immer mehr dazu übergehen, an Stelle von Holz vollwertige Ersatzstoffe zu verwenden. Auf diese Gefahr ist auf der letzten Tagung des Vereins ostdeutscher Holzhändler und Sägewerke besonders eindringlich hingewiesen worden. Herr Franke führte aus: „Wir wollen doch nicht vergessen, daß die ungesunde Preisbildung der Sache des Holzes in seinem schweren Konkurrenzkampf gegenüber dem Eisen schwer geschadet hat.“ Was die Unternehmer in Nordwestdeutschland jetzt planen, ist kein Kampf gegen Eisen und Beton, sondern Kampf gegen das Holz.

U.-G. für Bürstenindustrie Striegau-Lübeck.

Die U.-G. für Bürstenindustrie Striegau und die Norddeutsche Bürstenfabrik F. E. Schacht in Lübeck haben ihren hier bereits angezeigten Zusammenschluß nunmehr endgültig vollzogen. Das Unternehmen heißt jetzt U.-G. für Bürstenindustrie Striegau-Lübeck. Der Hauptsitz ist Striegau. Das Striegauer Werk soll in der Hauptsache für den Innenmarkt arbeiten, das Lübecker für den Auslandmarkt. Der Lübecker Betrieb hatte früher etwa 240 Beschäftigte, heute nur noch 15. Anfangs hieß es, dieser Betrieb sollte stillgelegt werden. Nach der neueren Meldung scheint das nicht der Fall zu sein. Es besteht mithin die Hoffnung, daß die heute arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen bald wieder Beschäftigung finden.

Über die Ursachen der Verluſtwirtschaft des Striegauer Werks wurde von der Verwaltung ausgeführt, daß es infolge der Inflation an dem erforderlichen Kapital gefehlt habe. Die schlechten Absatzverhältnisse im Inland und Ausland hätten eine volle Ausnutzung des Werks verhindert. Dazu kommen noch die hohen steuerlichen Belastungen. Auffällig ist, daß die Verwaltung nichts über die „hohen Löhne“ sagt, die sonst gewöhnlich als die Hauptursache der Verluſtwirtschaft bezeichnet werden. Die Verwaltung weiß, warum sie hier schweigt. Denn die U.-G. für Bürstenindustrie Striegau zahlte die niedrigsten Löhne in der ganzen deutschen Bürstenindustrie. Wenn das Unternehmen trotzdem mit Verlust arbeitete, so beweist dieser Fall, daß der Lohndruck kein Mittel für die Erhaltung der Rentabilität eines Betriebes ist. Vielleicht merkt sich das die erneuerte Leitung der U.-G. Bürstenindustrie Striegau-Lübeck, aber auch alle übrigen Unternehmer.

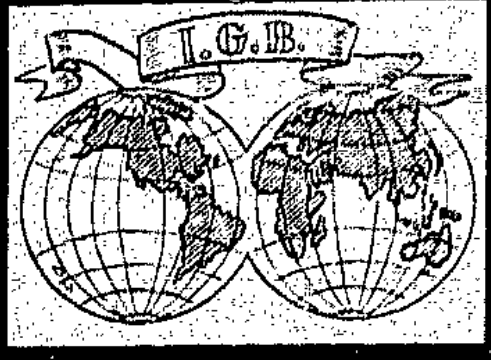
Aus der französischen Korbwarenindustrie.

Über die französische Korbwarenindustrie weiß die „Deutsche Korbmacher-Zeitung“ einige interessante Tatsachen zu berichten. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beträgt 10.000. Vor Jahren war die Beschäftigtenzahl größer, sie ist gesunken mit der Einführung der Maschinen. Die Korbmöbelbranche arbeitet mit vielen und modernen Maschinen, die, wie die Unternehmerrichtung berichtet, den Fabrikationsgang beschleunigen und ferner noch ein gleichmäßigeres Produkt liefern. Sehr zahlreich sind die mit mechanischem Antrieb versehenen Entwindungsmaschinen, die auch in kleineren Betrieben bereits Eingang gefunden haben. Der Hauptsitz der französischen Korbwarenindustrie ist das Gebiet an der Obermarne. Frankreich besitzt etwa 10.000 Hektar Weiden. Außerdem bezieht es Weiden aus den französischen Kolonien Madagaskar, Indochina und den Küstengebieten der nordafrikanischen Besitzungen. Seine Rohstoffversorgung ist also günstiger als die der deutschen Korbwarenindustrie.

Mit Liebsmanns Anker-Münchener ist
am 5. Wochensabende fällig!



Gewerkschaftsbewegung



Der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der internationale Gewerkschaftskongress in Paris im August vorigen Jahres hat einen Mistklang hinterlassen. Die Sekretäre des Bundes sind zurückgetreten. Einer von ihnen, Cassenbach, wurde mit der Führung der Geschäfte beauftragt bis zu der später durch den Bundesausschuss zu vollziehenden Wahl des Generalsekretärs. Der frühere Vorsitzende des Bundes, der Engländer Purcell, wurde nicht wiedergewählt, obwohl er von der englischen Delegation wieder für das Amt in Vorschlag gebracht worden war. Die Stelle des Präsidenten blieb offen, es wurden sechs Vizepräsidenten gewählt, unter ihnen nicht Purcell, sondern der Engländer Hicks. Die Wahl des Präsidenten sowie die des Generalsekretärs sollte der Ausschuss in seiner nächsten Tagung vornehmen. Hier sollte auch über den Sitz des Bundes, der von Amsterdam wegverlegt werden soll, endgültig entschieden werden.

Im November vorigen Jahres hielt dann der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in London eine Sitzung. Bei dieser Gelegenheit fand auch eine Aussprache mit dem Generatrat der britischen Gewerkschaften statt, die jedoch nicht zu der gewünschten Verständigung führte. Der Bundesvorstand beschloß dann, die Wahl des Präsidenten und des Generalsekretärs sowie die ganze Reorganisationsfrage, wozu auch die Sitzverlegung gehört, in der nächsten Ausschusssitzung vorzunehmen. Dabei wurde, nach dem veröffentlichten Bericht, ausdrücklich betont, daß die Wahl des Präsidenten unbedingt im Januar 1928 erfolgen soll, auch falls es bis dahin nicht zu einer Einigung mit den englischen Gewerkschaften kommen sollte. Nun hat diese Tagung des Ausschusses vom 17. bis 20. Januar in Berlin stattgefunden. Die von ihr erwarteten wichtigen Beschlüsse wurden aber nicht gefaßt.

Aber den Verlauf der Tagung wurde ein offizieller Bericht veröffentlicht, dem wir das Folgende entnehmen: In der Konferenz nahmen Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Lettland, Niederlande, Österreich, Schweden, der Schweiz, Spanien, der Tschechoslowakei und Ungarn teil. Entsprechend den Beschlüssen des Pariser Kongresses waren in den Sitzungen zur Besprechung des Tätigkeitsberichts und des Aktionsprogramms auch Delegierte der Berufssekretariate anwesend, und zwar: Bauarbeiter, Beamte, Bekleidungsarbeiter, Buchbinder, Buchdrucker, Diamantarbeiter, Fabrikarbeiter, Friseur, Glasarbeiter, Holzarbeiter, Hotelangestellte, Hausarbeiter, keramische Arbeiter, Landarbeiter, Lebens- und Genussmittelarbeiter, Lederarbeiter, Lithographen, Maler, Metallarbeiter, öffentliche Dienste und Betriebe, Privatangestellte, Steinarbeiter, Tabakarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter und Lehrer.

Die unter dem Vorsitz von Jouhaux (Frankreich) tagende Konferenz beschäftigte sich zunächst mit den Reorganisationsfragen. Der Gegenstand wurde nach kurzer Aussprache einem neugebildeten Ausschuss überwiesen. In einer späteren Sitzung teilte Graßmann (Deutschland) als Berichterstatter der Kommission mit, daß sich eine Mehrheit der Kommission für Berlin als künftigen Sitz des I.G.B. ausgesprochen hatte, während sich eine Minderheit für Brüssel ergab. In bezug auf den Generalsekretär schlug die Kommission vor, die Landeszentralen anzufordern, für diesen Posten innerhalb vier Monaten Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Die Namen dieser Kandidaten sollen hierauf den Landeszentralen zur Kenntnis gebracht werden, worauf nach weiteren zwei Monaten in einer neuen Ausschusssitzung die definitive Wahl erfolgen soll. Bis zu diesem Zeitpunkt wird der Sitz des I.G.B. in Amsterdam bleiben. Auch die Entscheidung über die Ernennung eines Fortgeführten soll bis zur nächsten Ausschusssitzung vertagt werden.

Nach einer ausführlichen Debatte, an der sich Vertreter aller Länder beteiligten und die sachlichen, organisatorischen und geographischen Punkte von Berlin und Brüssel neuerdings abgewogen wurden, beschloß die Konferenz auf Antrag der deutschen Delegation, die Sitzfrage mit den übrigen Punkten auf die nächste Sitzung zu vertagen, und zwar freizustellen auch deshalb, weil die Vertreter mehrerer Länder kein bestimmtes Mandat hatten und ohne ein solches einen so weitgehenden Beschluß nicht zustimmen wollten. Wenn auch zu diesem Punkt kein bestimmter Beschluß gefaßt wurde, so kann doch festgestellt werden, daß die verschiedenen Fragen in einer so sachlichen und die Interessen aller Länder berücksichtigenden Weise geklärt wurden, daß die Ausschusssitzung nach Rücksprache mit ihrer Organisation in der Lage sein werden, auf der nächsten Sitzung eine endgültige Entscheidung zu fällen.

Als nächstes Tagesberichtsgegenstand wählte Cassenbach die am 4. November mit dem britischen Generatrat geführten Verhandlungen über die Vertretung Englands im Vorstand des I.G.B. Diese Verhandlungen berechtigten zu der Hoffnung, daß man eine baldige und für beide Teile befriedigende Lösung dieser Frage mit Sicherheit erwarten könnte. Der wegen des Einflusses an der I.G.B. mit einigen

Landeszentralen, wie Griechenland, Vereinigte Staaten, Irland, Mexiko, Portugal und Indien geführte Briefwechsel gibt zu der berechtigten Hoffnung Anlaß, daß es durch weiteren Meinungsaustausch möglich sein wird, zu den gewünschten Resultaten zu kommen.

Bei seinen weiteren Ausführungen sprach Cassenbach eingehend über die vom Sekretariat unternommenen Schritte zur Durchführung der vom Pariser Kongress gefaßten Beschlüsse über den Achtstundentag, die Wirtschaftslage der Arbeiter usw. Nach der Besprechung der technischen und organisatorischen Bedingungen einer Erhebung über die in den einzelnen Ländern effektiv geleistete Arbeitszeit wurden der Tätigkeitsbericht und das Aktionsprogramm für das kommende Jahr einstimmig genehmigt.

Der Besprechung des Verhältnisses des I.G.B. zum Internationalen Arbeitsamt und der auf der nächsten internationalen Arbeitskonferenz zur Behandlung gelangenden Fragen lagen umfangreiche Berichte über das Problem der Mindestlöhne und der Unfallverhütung vor, ferner verschiedene Artikel und Äußerungen bekannter Führer über die Stellungnahme des I.G.B. zur internationalen Arbeitsorganisation. In einer ausführlichen, mit großem Interesse entgegengenommenen Rede gab Mertens eine eingehende Darstellung der Organisation und Arbeitsweise des Internationalen Arbeitsamtes sowie der internationalen Arbeitskonferenzen.

In der Aussprache über den Gegenstand setzten sich die Genossen Hueber (Österreich) und Shaw (England, Textilarbeiter-Internationale) energisch für die Einführung der deutschen Sprache als offizielle Verhandlungssprache im internationalen Arbeitsamt ein, wobei Shaw unter anderem hervorhob, daß es vor allem Aufgabe der nicht deutschen Vertreter sei, auf die Beseitigung des jetzigen unhaltbaren Zustandes hinzuwirken. Bei der Behandlung dieser Frage gelangte nachstehende, von Hicks eingereichte Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die am 18. Januar in Berlin abgehaltene gemeinsame Sitzung des Ausschusses des I.G.B. und der internationalen Berufssekretariate hält es für wünschenswert, daß die deutsche Sprache bei der Herausgabe aller Publikationen des internationalen Arbeitsamtes sowie in den Konferenzen der internationalen Arbeitsorganisation zur offiziellen Sprache erhoben wird.“

Nach einigen geringfügigen redaktionellen Änderungen wurden die vom Pariser Kongress aufgestellten neuen Satzungen des I.G.B. endgültig antauchen.

Zum Schluß genehmigte der Ausschuss die Ansuchen des Arbeiterverbandes von Südwestafrrika und des estnischen Gewerkschaftsbundes. Wegen der vorgerückten Zeit wurden die beiden letzten Punkte der Tagesordnung, betreffend die von der Internationale der Privatangestellten beantragte Wahl von Vertretern der Angestellten und Beamten in alle leitenden Körperschaften der internationalen Gewerkschaftsbewegung sowie die Verwendung der nach Abschluß einer internationalen Wilsaktion einlaufenden Beiträge, bis zur nächsten, in sechs Monaten in Amsterdam stattfindenden Ausschusssitzung vertagt.

Streik und Aussperrung in der mitteldeutschen Metallindustrie.

Ein Lohnkampf von außergewöhnlichem Umfang spielt sich zurzeit in der Metallindustrie in Mitteldeutschland ab. Die Arbeiter hatten den bisherigen Lohnvertrag mit einem Spitzenlohn für Facharbeiter von 75 Pf. zum Ablauf am 15. Januar gekündigt. Noch ehe sie aber ihre Forderung auf eine Erhöhung um 15 Pf. eingereicht hatten, wurden sie von den Schlichtungsausschüssen in Halle geladen. Im Vertreten auf die Zuverlässigkeit der Schlichtungsstellen hatten die Unternehmer versucht, unter Benutzung dieser Organe die Bewegung im Keime zu erstickern. Die Vertreter der Gewerkschaften lehnten die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss ab. Sofort griff der Schlichter in Magdeburg ein. Er lud die Parteien zu einem Zeitpunkt, an dem er selbst verhindert war. Sein Vertreter meisterte die Sache im Handumdrehen. Der Schiedsspruch lautete auf 3 Pf. Lohnerhöhung und Bindung bis zum 30. September. Nun fehlte nur noch die Verbindlichkeitsklärung durch den Reichsarbeitsminister, und die Sache wäre nach den Wünschen der Unternehmer erledigt.

So weit lieh es aber die Arbeiterschaft nicht kommen. Es handelt sich um die Bezirke Magdeburg, Halle und Freistaat Anhalt. Die Art, wie mit ihnen umgegangen werden sollte, löste bei den Arbeitern begrifflich-weise ungeheure Empörung aus. Der Schiedsspruch wurde von den Gewerkschaftsvertretern als unannehmbar bezeichnet. Mit überwältigender Mehrheit wurde in den in Frage kommenden Betrieben die ArbeitsEinstellung beschlossen. Am 16. Januar begann der Streik, der bald größten Umfang annahm.

Der Reichsarbeitsminister hatte die Vertreter der Parteien zu nochmaligen Verhandlungen berufen. Diese Verhandlungen blieben ergebnislos, weil die Unternehmer jedes Zugeständnis ablehnten. Die Erwartungen der Unter-

nehmer wurden aber insofern enttäuscht, als der Reichsarbeitsminister die von ihnen beantragte Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs ablehnte. Der Streik der Arbeiter erstreckte sich nur auf einen Teil der Betriebe. Um dem Kampf eine größere Ausdehnung zu geben und die Arbeiter um so leichter müde zu bekommen, verfügten die Unternehmer eine allgemeine Aussperrung in dem Gebiet.

Die Zahl der am Kampf Beteiligten steht noch nicht genau fest; sie wird auf mehr als 50.000 geschätzt. In der Hauptsache sind es natürlich Metallarbeiter. Doch sind an dem Kampf auch Angehörige anderer Berufe beteiligt, insbesondere auch eine größere Zahl von Holzarbeitern. Nach den bisher bei unserem Verbandsvorstand eingegangenen Meldungen sind in Magdeburg, Halle, Merseburg, Dessau, Zerbst, Köthen, Bernburg und einer Reihe weiterer Orte des Gebiets etwa 2000 Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes an dem Kampf beteiligt.

Ein Demal der Schande.

Wenn viele Unternehmer bemüht sind, die gesetzlichen Beschränkungen der Arbeitszeit zu umgehen und die Arbeiter zur Überschreitung der zu ihrem Schutz erlassenen Gesetze zu veranlassen, so ist das im höchsten Maße verwerflich, aber solcher Eigennutz ist schließlich verständlich. Man sollte es aber kaum für möglich halten, daß sich Arbeiter oder Angestellte finden, die zum eigenen Nachteil solchem Streben Vorschub leisten. Daß es solche Gesinnungsathleten gibt, zeigt das folgende Dokument, das in der Zeitung „Der Deutsche“ gebührend angeprangert wird:

Waltensklärung.

Wir, die Angestellten der Firma Franz Müller in Laube, schließen uns zu einer Vereinbarung zusammen und beauftragen die gesetzliche Betriebsvertretung mit dem Unternehmer einen Haustarifvertrag abzuschließen.

Laube, Pommern, den 1. Dezember 1927.

Unterschrift aller Angestellten:

gez. Hubert Hoppe, gez. Wilhelm Ploes.

Haustarifvertrag.

§ 1. Die Arbeitszeit wird vom 1. Dezember 1927 an auf höchstens zehn Stunden pro Tag festgelegt, und zwar in der Zeit von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr mit Pausen von insgesamt einer Stunde.

§ 2. Der Zuschlag für Mehrarbeit gemäß § 6a der Arbeitszeitverordnung wird auf — Prozent des Lohnes festgesetzt. Für die geleistete Mehrarbeit zahlt der Unternehmer die vollen Beiträge zur Krankenkasse und Angestelltenversicherung.

Laube, den 1. Dezember 1927.

Unterschrift der Betriebsvertretung.

Unterschrift des Unternehmers.

Die Firma und ihre Angestellten sowie deren Betriebsvertretung sind einander wert. Was sie da zusammen ausgehandelt haben, ist um so widerwärtiger, als ihr Versuch, die Arbeitszeitverordnung zu umgehen, misslungen ist. Ein solcher Haustarifvertrag ist gescheitert, und der Unternehmer, der die Überschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit duldet, macht sich strafbar.

Arbeiterlöhne in Schweden.

Das schwedische Sozialamt hat, wie das Internationale Arbeitsamt mitteilt, kürzlich die endgültige Lohnstatistik für 1926 veröffentlicht. Diese Statistik beruht auf Angaben von 3900 Betrieben. Sie erstreckten sich auf 280.000 Arbeiter, darunter 200.000 erwachsene Männer. Ferner enthält sie Angaben über die Durchschnittsverdienste der Männer, Frauen und Jugendlichen in den verschiedenen Industriezweigen, sowohl für Arbeit in Stücklohn wie in Zeitlohn.

Der Durchschnittslohn eines erwachsenen Mannes betrug im Jahre 1926 für ganz Schweden 2700 Kronen jährlich. Er belief sich auf 3700 Kronen jährlich für Stockholm. Diese Zahlen bedeuten eine Steigerung der Löhne um 118 Prozent im Vergleich zu 1913, um 2 Prozent im Vergleich zu 1925 und eine Senkung um 25 Prozent im Verhältnis zum Jahre 1920. In diesem Jahre hatten die Löhne ihren Höchststand erreicht. Der Stundenlohn eines erwachsenen Mannes betrug im Landesdurchschnitt 119 Kronen und 140 Kronen für Stockholm. Wenn man diesen Angaben die Schwankungen der Lebenskosten gegenüberstellt, kann man feststellen, daß diese, nachdem sie in den Jahren 1924/25 gleichgeblieben sind, im Jahre 1926 eine Verringerung aufwiesen, so daß der Jahresverdienst der Arbeiter innerhalb dieser drei Jahre eine leichte Steigerung aufzuweisen hatte. Daraus geht hervor, daß die Reallohn im Jahre 1926 gegenüber demjenigen des Jahres 1913 um 28 Prozent und im Vergleich zum Jahre 1925 um 4 Prozent gestiegen sind. Die vom Sozialamt veröffentlichten Statistiken zeigen einen beträchtlichen Unterschied zwischen den reinen Exportbetrieben und denjenigen, die für den Inlandmarkt arbeiten. Obgleich dieser Lohnunterschied in den letzten drei Jahren geringer wurde, haben die Arbeiter in den für den Inlandmarkt arbeitenden Betrieben durchschnittlich 16 bis 20 Prozent mehr verdient als die in den Exportbetrieben beschäftigten Arbeiter.



Unterhaltung und Wissen



Der Berg in den Wolken.

Von Max Barthel.

Der Morgen war regnerisch. Aus dem Himmel stürzte in hastigen Güssen das Wasser und schwebte den Schmutz von den Straßen und Gassen Neapels. Manchmal schien die Sonne. Aus dem Goll, der düntelblau schimmerte, wuchsen die Felsen der Insel Capri Antenschwarz und manchmal ließen in das Licht. Vor der gezackten Kette der Berge von Sorrent sah man das gespaltene Massiv der Doppelberge Monte Somma und Vesuv. Eine weiße Wolke schwebte über dem Vesuv. Nach ihr schiedte der Krater eine grüne, verschleierte Rauchfahne.

Unsere Reisegesellschaft bestand aus zwei englischen Damen, die ihre Mittelzeit längst hinter sich hatten, und einem amerikanischen Hochzeitspaar. Der Mann war Irländer und rothaarig, die junge Frau zeigte gern ihre dünnen Beine und die sehr schönen Zähne. Der Führer sprach englisch, deutsch und französisch und war Italiener. Mit der Schnellbahn fuhren wir in 20 Minuten nach Puggiano. Auf der Reise sah man das Meer schimmern, Orangen wie kleine Sonnen im dunklen Laub glühen und die drohende Stachelmauer vieler Kakteen. Auch Elbäume glänzten wie grünes Silber. Es regnete nicht mehr.

Der Vesuv ist schon lange durch die Technik erobert, und die Bahn, die bis zum Ashengipfel führt, haben Th. Cool und Sohn bauen lassen. In 45 Minuten rollt sich der Film des Berges auf und beginnt mit Weingärten und endet mit veraschtem Gestein. Die Auffahrt ist sehr schön und beinahe wie eine Reise aus dem Leben in den Tod. Die Weinberge sind rasch durchquert, die Kakteen verlassen, die Laubbäume und Gebüsche zurückgelassen, auf halbem Wege zur Höhe liegt ein Hotel. Auch das Hotel gehört Cool und verzinst sich gut. Wir fahren weiter. Der Schaffner verkauft, in dünnen Glasröhren wohlgeordnet, die sieben verschiedenen Aschen und Gesteinsproben, die der Krater beim letzten großen Ausbruch 1906 in die Tiefe schickte. Die englischen Damen kaufen nichts, aber der Amerikaner kauft, ich kaufe, und der Führer, der den Handel vermittelt hat, bekommt seine Prozente.

In die Wälder des Vesuvs flüchtete sich im Jahre 73 vor unserer Zeitrechnung der Sklavenführer Spartacus mit seinen Gladiatoren und lieferte den Römern am Südostabhänge des Berges eine heroische Schlacht. Der Donner der Mitternachtschwerter, der Zusammenprall der Schilde, das war nur das erzene Vorbild zu jenem anderen Gewitter, das 150 Jahre später empordonnerte, als Pompeii, Herculanium und Stabiae vernichtet wurden. Pompeii ist wiederausgegraben worden, auf dem Lavafeld, unter dem Herculanium der Auferstehung harret, liegt das kleine Fischerdorf Misso und schickt seine Führer hinauf an den Krater.

Der Führer von Cool und Sohn aber erzählt uns von diesen Dingen und gesteht mir auf der Fahrt seine Tragödie. In den letzten 20 Jahren ist er 1167mal auf dem Vesuv gewesen, 1167mal hat er deutsch oder englisch oder französisch den Schrecken an die Herzwand der Fremden gemalt, und der Berg hat für ihn alle Schrecken verloren. Für ihn wächst aus den Aschefeldern das Brot. Die kleine Bahn fährt weiter, fährt im Licht, das in ungeheuerlichen Ergüssen und grenzenloser Klarheit über der Tiefe und über dem Meer flutet, und stößt endlich in die Wolken hinein, die um den Berg, der ganz langsam verdorrt, wahrern.

Nun sind auch die letzten Gebüsche und Sträucher gestorben. Daries Gras und Pinien harren auf der verpflanzten Erde noch aus. Die Station am Fuße des Asherags ist nun erreicht, und wir fahren die letzten 750 Meter in 10 Minuten mit der Zahnradbahn in die Höhe, die keine Höhe ist, sondern ein Tanzplatz gespensterhafter Nebel und Wolken. Aus dem Nebel und aus den Wolken lösen sich einige Führer von Resina und warten auf die Reisenden und geleiten sie in 10 Minuten bis an den Kratertrand. Die englischen Damen und das hochzeitliche Paar bleiben am Kratertrand, aber ich steige mit zwei Führern in die kranklose Tiefe.

Der Aufstieg im Nebel ist nicht schön. Das Blickfeld ist auf 3 Meter beschränkt. Der Mann vor mir ist nur ein dunkler Schatten. Steil und schmal geht der Weg abwärts über Schutt, Geröll, Asche und Fels. Es ist wie eine Wanderung über ein vernebeltes und verlassenes Schlachtfeld. Jeden Augenblick wartet man auf den Donner der Geschütze. Kein Geschütz donnert, auch der Krater im Krater, das Loch, aus dem Rauch, Feuer und Lava bricht, flüchtig. Nur Schwefel steigt auf und bedrückt die Lungen und vergiftet das Hirn. Geröll prasselt in die Tiefe. Aber wir kämpfen uns durch, und endlich ist der Grund erreicht. Einmal stößt Sturm zu den Abgrund. Einige Sekunden lang sieht man durch zerlegte Nebelwolken zerrissene Bänder, Lavafelder, Asche. Dann sieht man nichts mehr. Geisteshaft wüchsen die Wolken um den unsichtbaren Krater, um die Feuersee Europas. Plötzlich trachen Rakete, heftige und weithin rollende Schläge und Explosionen. Neue Schwefeldämpfe kommen in dicken Wolken aus den Erdtüssen. Der Krater donnerte.

Die Führer aus Resina haben sich in zwei Kolonnen und einem Syndikat organisiert und teilen ihre Einkünfte.

Alles ist Geschäft geworden: der Schrecken und die Schönheit. Aber auch das ist Geschäft und kleiner Nebenverdienst: ein Geldstück in die noch fließende Lava zu drücken und im verflühten Stein zurückzubringen. Als der Krater donnerte, ging ein Führer in die Wolken hinein, in die Schwefeldünste, blieb einige Minuten verloren und weltensfern, erschien endlich als schwarzes Gespenst in weißer Nebelnacht, hatte 3 Lire verdient und war Händler und kein Held, als er die Schlacke mit der Kupfermünze verkaufte.

In mühsamem Aufstieg war dann der Gipfel des Berges erreicht, der rissige Rand. Der Wind war kühl und verauschend klar und reinigte das Hirn und die Lungen. Die englischen Damen und das hochzeitliche Paar waren schon lange auf der Station. Wir führen aus den Wolken in die Tiefe, in das Licht, und die Schaffner versuchen, mit den Steinblumen des Berges, mit schönen Kristallen und Schwefelstücken kleine Geschäfte zu machen.

Hoffnung.

Das Alter naht, es schwindet die Kraft,
Die Hände haben rastlos geschafft
Von früh bis spät in harter Fron,
Ich lieg' auf der Straße, das ist mein Lohn.

Einst geht es auch euch so, ihr Arbeitsgenossen!
Kein ander Los ist euch erschlossen,
Wenn ihr nicht kämpft in der Freiheit Licht,
Bis die Kette fällt und die Fessel zerbricht.

Helft alle unser Werk vollenden,
O steht nicht fern mit trägen Händen.
Nein, werbt mit Mut in Stadt und Land
Ein jeder Mann für den Verband!

Dann ist die Freiheit nicht mehr fern,
Hell leuchtet uns der Hoffnungsstern,
Nur kämpfen heißt es und nicht verzagen!
Dereint nur werden den Feind wir schlagen.

Erich Klinner.

Noch wühlten die Wolken um den Aschegel, aber uns blühte das Licht. Erste Gebüsche fahnen schon wieder Fuß in der Erde. Das Observatorium wurde sichtbar, der Monte Somma klar, und die Lavaströme zeigten ihr erstarrtes Sturzfeld. Dann hatte uns die Welt und Herr Cool wieder. In dem Hotel Crema waren die weißen Tische schon gedeckt, und jeder fühlte sich als Held: der rothaarige Irländer aus Amerika mit seiner jungen Frau, die zwei englischen Damen und auch ich, der Berichterstatter des Anfluges. Der italienische Führer vermerkte melancholisch die 1168. Besuchsfahrt in einem kleinen Buch und hoffte auf ein kleines Trinkgeld, das die 12 Mt. Tagesverdienst, die ihm Herr Cool zahlte, ein wenig aufbessern sollte.

Welcher Federhalter ist der beste?

Wenn auch die Handschrift immer mehr von der Schreibmaschine verdrängt wird, so bleibt der Federhalter doch ein unentbehrliches Werkzeug, und uns allen liegt daran, einen Federhalter zu bekommen, mit dem das Schreiben am leichtesten vonstatten geht und am wenigsten ermüdet. Die psychotechnisch-arbeitswissenschaftlichen Untersuchungen, über die Curt Höhle in der „Umschau“ berichtet, führten zu dem erstaunlichen Ergebnis, daß der runde Federhalter, dessen sich die meisten Menschen bedienen, durchaus ungewöhnlich ist. Die Hand wird dadurch in eine gezwungene Lage gebracht, und bei ständiger Arbeit mit diesem Gerät stellt sich leicht der gefürchtete Schreibkrampf ein. Dieses Übel wird durch den dreikantigen Federhalter einigermaßen beseitigt. Drei neue Halterformen sind auf ihre Brauchbarkeit geprüft worden, der breitflächige Federhalter, den der Lehrer Zahn erfunden hat, der Federhalter Swift, der der Feder eine Schrägspitze gibt, und der Halter „Greif“, der mittels des Knetverfahrens hergestellt wurde. Etwa 30 Personen wurden mit runden Federhaltern ausgerüstet, deren Greiffläche mit Quecksilber versehen war; sie mußten einen Arbeitstag lang mit diesem Gerät schreiben, und nach den Andringen wurden individuelle Federhalter aus einer schnell erhärtenden Masse hergestellt. Auf diese Weise kam man auf die günstigste Form, die dreikantig war, und zwar besonders ließ sich damit leicht Teilschrift schreiben. Mit allen drei Haltern wurden Versuche über die Ermüdungszeiten angestellt. 30 Minuten lang wurde ein unbekannter Diktator diktieren. Bei den runden Federhaltern traten schon nach 8 Minuten Ermüdungserscheinungen auf, die mit der Zeit stark zunahm, bei den Zahn-Haltern nach 10 Minuten, bei Swift nach 16 Minuten und bei den im Knetversuch gewonnenen Haltern nach 18 Minuten. Ebenso zeigte sich beim Dauerschreiben, daß bei breitflächigen Federhaltern die Ermüdung am spätesten eintritt. Bei ihnen ist die Druckverteilung während des Schreibens vorteilhafter: durch Vorüberstreifen läßt sich jeder runde Halter ohne viele Kosten in einen solchen mit breiten Flächen umwandeln.

Wo man Schiffe über Berge rollt.

Ostpreußen, das Land so mancher Naturwunder und einzigartigen Sehenswürdigkeiten, besitzt auch ein in der ganzen Welt einzig dastehendes technisches Meisterwerk, das System der „Rollberge“ beim Oberländischen Kanal, der die Industrie- und Hafenstadt Elbing über ein enges Seegebiet hinweg mit dem ostpreussischen „Oberland“ verbindet. Die Seen des Oberlandes liegen durchschnittlich etwa 100 Meter über dem nahe bei Elbing befindlichen Drausensee. Zur wirtschaftlichen Erschließung des Oberlandes, dieses weiten, weiligen Hochlandes, war die Verbindung der Seen mit dem sich in das Frische Haff ergießenden Elbingfluß von jeher eine Notwendigkeit, der aber zunächst unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstanden. Man hat schon früher die Wasserpiegel der Oberlandseen einander angeglichen, indem man den Wasserstand der beiden höchstgelegenen Seen, des Pinnau- und des Samrodtsees, um je 7 Meter abließ. Die Seen wurden fortlaufend durch Kanäle verbunden, so daß auf diese Weise eine gute Wasserstraße entstand. Aber Haff und Ostsee, die durch Elbingfluß und Drausensee erreicht werden konnten, blieben an diesem Verkehrswege unbeteiligt, bis jetzt Bauat Steente das System des amerikanischen Morriskanals in eigenartiger Weise auf das Oberlandseengebiet übertragen hat. Es wurden fünf „Rollberge“ auf einem Gelände von 100 Meter Gefälle vom Pinnau- bis zum Drausensee angelegt. Man hätte zur Überwindung der Höhenunterschiede der „geneigten Ebenen“ eigentlich 32 Schleusen nötig gehabt, aber diese Schwierigkeit wurde nun sehr vereinfacht. Von Wasser zu Wasser führen an den einzelnen Rollbergen je zwei Paar starke stählerne Schienenstränge in die Sohlen des Kanals. Auf den Schienen rollen, einander begegnend, jeweils zwei niedrige, seitlich offene Eisenbahnwagen, auf denen die Schiffe aus dem Kanal über den Rollberg gehoben werden. Die Wagen werden von Drahtseilen ohne Ende gezogen, die um gewaltige Eisentrommeln gewunden sind, und zwar werden durch die Vorrichtung ständig zwei Schiffe zu gleicher Zeit über den Berg gerollt. Setzt sich der eine Wagen aus dem Unterwasser des Kanals empor und wird im Eisenbahnwagen nach oben gezogen, dann gleitet der andere aus dem Oberwasser über den Scheitel der Ebene nach unten. Dabei überträgt das Gewicht des herabrollenden Wagens die Kraft für den aufsteigenden. Die Hauptkraft zur Bewegung der Fahrzeuge wird von dem Wasser des Kanals geliefert. Da die Schiffe mit einer Tragfähigkeit bis 60 Tonnen gegenwärtig nur einen Teil dieser Wasserkraft ausnützen, so will man die Tragkraft der Schiffe auf 200 Tonnen erhöhen und den Kanal bis nach Südprenußen hin ausbauen. Die Beförderung eines Schiffes über einen der Rollberge dauert etwa 10 bis 15 Minuten.

Ein ganzer Wald aus Halbedelsteinen.

Eins der größten Naturphänomene ist der berühmte „versteinerte Wald“ von Arizona, der tatsächlich vor 8000 bis 10 000 Jahren ein ungeheurer Wald in einer Ausdehnung von mehreren hundert Quadratmeilen war. Durch die Versteinungen und durch den Einfluß von vulkanischen Katastrophen sowie von heißen Springquellen ist das Holz im Laufe der Jahrtausende versteinert und hat eine Umwandlung erfahren. Der Kiesel hat durch die heißen Lavamassen und Springquellen den durchsichtigen Quarz gebildet, so daß dieser versteinerte Wald geradezu eine ungeheure Lagerstätte von Halbedelsteinen aller Art war. Die Bäume müssen bei Lebzeiten volle 200 Fuß hoch gewesen sein, da selbst jetzt ihre umherliegenden Strünke, wenn noch ungebrochen, 100 bis 150 Fuß lang sind. Und das Sonderbarste hierbei ist, daß diese mächtigen Stämme oft so regelmäßig in Abschnitte getrennt sind, als ob sie mit der Säge durchgeschnitten wären. Zweige findet man 1 Zoll und Stämme 10 Fuß dick. Sie liegen parallel oder in Winkeln, einzeln oder gruppenweise, in Schichten und auf Anhöhen.

Und alle diese Milliarden von Stämmen, Stumpfen, Blöcken und Ästen bis zu den dünnsten Zweigen sind hartes Gestein, das sich bei der Untersuchung als aus Edelsteinen beinahe jeder Gattung herausstellt. Der Zeiten Flucht nebst dem Hammer der Geologen hat unter diesem in allen Farben schimmernden edlen Gestein vielfache Verwitterung angerichtet, wie die überall umherliegenden Bruchstücke und Trümmer von umfangreichen Blöcken bis zu bloßem Geröll und Splintern, die ihre brillanten Farben unter den Strahlen einer tropischen Sonne mit kaleidoskopischem Effekt leuchten lassen, bezeugen. Rubinen, Saphire und Diamanten sind hierunter zwar nicht, dafür aber Amethyst, roter und gelber Jaspis, Topas, Onyx, Karneol und alle erdenklichen Arten von Achat in Masse. Kein Block, kein Bruchstück ist auf eine einzige Art Edelstein beschränkt, viele bilden ein wahres Mosaik aller genannten Sorten. Unter einem Vergrößerungsglas ist die zellenförmige Holzstruktur des Gesteins deutlich erkennbar, und wie Experten versichern, muß der ursprüngliche Wald aus Nadelholz bestanden haben. Die ganze Region zeigt überall Lavabetten und erloschene Krater, ist also entschieden vulkanisch gewesen, so daß zweifelsohne eine große vulkanische Katastrophe den Urwald gefällt und unter einer immensen Aschendecke begraben hat.

Bücher und Zeitschriften

Neuzeitliche Einrichtungen zur Holzbearbeitung. Von Dipl. Ing. Dr. H. Herrmann. Preis 7,50 Mk. Leipzig, Dr. Max Jandke, Verlagsbuchhandlung.

Alano (Oben), aber gar nicht erwähnt wird. Statt dessen wird der gefährliche Schlagen in Wort und Bild empfohlen und ihm sogar der Vorrang vor der Schiffschelle gegeben.

Das nationalisierte Sägewerk. Die neuzeitliche Entwicklung der Sägewerksindustrie. Von Betriebsleiter Karl Sieckmann. Selbstverlag des Verfassers, Halle (Saale), Eichendorffstraße 10.

Stand von 1914 verdoppelt, während der Schnittholzbedarf ungefähr die Hälfte des Vorkriegsstandes beträgt. Wenn der Verfasser erfuhr, würde diese Behauptungen zahlenmäßig zu belegen, hätte er in große Verlegenheit.

Bericht und Abrechnung der Gauvorstände für das dritte Vierteljahr 1927.

Table with columns for Einnahmen (Einnahmen) and Ausgaben (Ausgaben) for various districts (Gauvorstände) in the third quarter of 1927. Includes sub-columns for different types of income and expenses, and a final summary row.

Totalbeamter für Braunschweig gesucht. Die hiesige Holzindustrie sucht einen Totalbeamten...

Geim- u. Furnieröfen. Fertige als Gesellschaft (Broschüre gratis). Getr. Bellingner, Freizugstr. 3.1

Hobelbänke. In Qualität, billige beste gelb. Holz. Preis 12 Mk. 2 m l. 75 Mk. Karl Ramisch, Pflanzl. Gartenstr. 4.

Für die Bibliotheken: Jahrgang 1927 der „Holzarbeiter-Zeitung“ auf besserem Papier gedruckt und in Ganzleinen gebunden...

Erstklassige Fahrräder eigener Erzeugung. Sprechmaschinen und Schallplatten erhalten Sie bei uns!

Lücht. jung. Bergarbeiter. Für die Holzindustrie gesucht.

Die Konstruktionen des Bauhüblers. Von R. Jäger. Verlag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Kollegen! Eine neue Holzlehre, Blatt und Gestänge. Preis 1,50 Mk.

Die zweite Auflage vom Almanach 1928 ist erschienen! Verlag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Tonführungen für Musikapparate zu 1,50, 7, und 8 Mk. G. Rohlein, Oertelheim (A. Ortig).

Eiserne Schraubzwingen mit Stahlschiene u. Kugeldruckplatte. Preis 25 Mk.

Der beste Putzhobel mit feinem Blatt u. nachstellbarem Rücken. M. Hiesinger, Bergzeigfabrik Nürnberg.

Hobelbänke. In Qualität, billige beste gelb. Holz.

Intarsien jeder Art. Meisterhandwerk. E. Biller, Heidelberg, Theaterstr. 7.

Preisliste für Bleistifte und Maßstäbe. Liste mit verschiedenen Stiften und Maßstäben und ihren Preisen.

Lautwerke für Sprechapparate-Gehäuse. Zum Selbst-einbauen nebst allem Zubehör.

Der ideale Preis. Holzwaren in bester Qualität.

Photo Apparate. Sehr leichte Zahlungsweise. Dresdenia Kamera-Vertrieb.

Zigaretten. Ein feiner Genuss. Zeronth 5 Pf, Thadmor 4 Pf, Arbeitersportler 4 Pf.